

Die Vereinigten Staaten und der Golf-Krieg: inneramerikanische Dimensionen - außenpolitische Folgen

Kubbig, Bernd W.

Postprint / Postprint

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kubbig, B. W. (1991). *Die Vereinigten Staaten und der Golf-Krieg: inneramerikanische Dimensionen - außenpolitische Folgen*. (HSFK-Report, 3/1991). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93671-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 3/1991



HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Bernd W. Kubbig

**Die Vereinigten Staaten und
der Golf-Krieg**

Inneramerikanische Dimensionen –
Außenpolitische Folgen

HSFK-Report 3/1991

Frankfurt am Main

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Bernd W. Kubbig

**Die Vereinigten Staaten und
der Golf-Krieg**

Inneramerikanische Dimensionen –
Außenpolitische Folgen

HSFK-Report 3/1991

August 1991

Archiv

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Telefon 069 / 550191

Telefax 069 / 558481

ISBN 3-926197-93-5

DM 12,00

ZUSAMMENFASSUNG

Wie nie zuvor nach 1945 befanden sich die USA 1989/90 in einer Umbruch- und Orientierungsphase, vor allem außenpolitisch standen sie am Scheideweg zwischen einem verstärkten Rückzug und einem neu zu begründenden weltweiten Engagement. In dieser Situation marschierten die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein am 2. August 1990 in Kuwait ein. Die Invasion wurde zum ersten Testfall nach dem Ende des Kalten Krieges für die Durchsetzung der unterschiedlichen und konkurrierenden außenpolitischen Konzepte und spezifischen Forderungen, wie sie in der amerikanischen Öffentlichkeit, vor allem aber von wichtigen gesellschaftlichen Gruppen entwickelt und vorgetragen wurden. Sie bilden den Hintergrund für die diplomatischen und militärischen Aktivitäten der Bush-Administration auf der weltpolitischen Bühne.

Die polarisierte Öffentlichkeit

- Anders als die amerikanischen Eliten war die Bevölkerung nach der Vietnam-Erfahrung gegenüber militärischen Interventionen der USA sehr zurückhaltend. Sie unterstützte sie für ausgewählte Regionen und Länder mehrheitlich (z.B. für Westeuropa oder Saudi-Arabien). Das politische Mandat an den Präsidenten und seine Administration war während der Krise und des Kriegs am Golf eindeutig: Kein zweites Vietnam! In anderen entscheidenden Fragen war die amerikanische Nation insgesamt gespalten.

Die Befürworter militärischer Gewalt

- (Pro-)Jüdische Interessengruppen: Es versteht sich von selbst, daß alle jüdischen Interessenorganisationen eine entschiedene Pro-Israel-Haltung einnahmen, ganz gleich, ob sie politisch eher konservativ oder gemäßigt, ob sie in religiöser Hinsicht eher orthodox oder reformorientiert sind.
- Von vielen Rüstungsunternehmen läßt sich annehmen, daß sie an einer militärischen Lösung des Konflikts interessiert waren, um den Strukturwandel, wenn er schon nicht aufzuhalten ist, zu verlangsamen und abzufedern. Ein sich länger hinziehender, auch für den Westen verlustreicher Krieg bot zudem die Chance, daß die zerstörten amerikanischen Waffen hätten ersetzt werden müssen; ein kurzer, siegreicher Krieg enthielt dagegen das Versprechen für die betreffenden Firmen, daß die "siegreichen Waffen" verstärkt produziert würden.

Mittlere Positionen

- Die Gewerkschaften: Während der Golf-Krise verhielten sich die "unions" insgesamt recht zurückhaltend. Ihr Hauptproblem war, ihre patriotische Unterstützung für die amerikanische Militärpräsenz am Golf mit ihrem sozialpolitischen Auftrag für ihre Mitglieder zu verbinden. Das militärische Engagement sollte nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.
- Die katholische Kirche: Sie war in der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt gegenüber dem Irak gespalten. Der kleinste gemeinsame Nenner war hier der Rekurs auf die

Lehre vom gerechten Krieg und ihre Kriterien, die erfüllt sein müßten, bevor die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sei. Aber dies war lediglich eine formale Grundlage. Führende Bischöfe, aber auch der übrige Klerus und die Laien zogen unterschiedliche, ja gegensätzliche Schlußfolgerungen aus den Kriterien.

Die Befürworter eines verlängerten UN-Embargos

- Liberale und konservative Repräsentanten: Eine ungewöhnliche Koalition landesweit bekannter Meinungsführer plädierte dafür, das UN-Embargo zu verlängern, auch wenn sie nicht grundsätzlich gegen den Einsatz von Gewalt waren. Dabei stellten die Konservativen insgesamt das wichtigste Element gesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit zum Regierungskurs dar. In der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt traf die traditionelle Links-Rechts-Einteilung auch während der Golf-Diskussion nur teilweise zu.
- Die Ölgesellschaften: Ihr Interesse dürfte gewesen sein, daß Saudi-Arabien mit seinen reichen Ölvorkommen gegen einen möglichen Angriff des Irak angemessen verteidigt werden konnte. Dies war offensichtlich bereits vor der Aufstockung der amerikanischen Streitkräfte gegeben. Solange dieser Schutz gewährt war, konnte die amerikanische Ölindustrie kein Interesse am Einsatz militärischer Gewalt haben. Denn die Golf-Krise erwies sich für die gesamte Branche als äußerst profitträchtig.

Die Befürworter nicht-militärischer Maßnahmen

- Neben den protestantischen Kirchen bildeten die Lobbygruppen für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung die Hauptzentren der Aktivitäten gegen die Versuche der Bush-Administration, die Krise mit militärischen Mitteln zu lösen.
- Kirchen: Aus der Vielzahl der Kirchen, die sich gegen einen militärischen Kurs der US-Regierung wandten, ragen die Aktivitäten und Erklärungen des National Council of Churches (NCC) heraus. Ihr gemeinsamer politischer Nenner war, daß sich der Irak aus Kuwait zurückziehen müsse, daß er dazu gegebenenfalls aber ausschließlich mit nicht-militärischen Mitteln gezwungen werden solle.

Der Kongreß

Über Monate spielte die Legislative hier keine wichtige Rolle. Sie verhielt sich lange Zeit im wesentlichen reaktiv. Der Kongreß wurde aktiver, nachdem die Parlamentarier Anfang November von der Aufstockung der US-Truppen erfahren hatten. Der Präsident hatte die Legislative nicht konsultiert, sondern sie lediglich über die Entscheidung informiert. Jetzt wurden auch die Konfliktlinien im neugewählten Kongreß erstmals sichtbar, sie verliefen im großen und ganzen entlang der Parteigrenzen.

Die Golf-Politik der Bush-Administration

Aus der Sicht der US-Regierung ging es darum, einen unberechenbar gewordenen Aggressor einzudämmen, dessen ausgeprägte Hegemonieansprüche unannehmbare regionale und globale Folgen haben würden: die militärische Gefährdung des eng befreundeten Staates Israel sowie die Kontrolle über die Verfügbarkeit und die Preispolitik des Öls - damit hätte der Diktator in Bagdad die Macht, die Weltwirtschaft durcheinanderzubringen und politische Instabilitäten zu schaffen. Zu den militärischen und energiepolitischen Aspekten kamen für die Administration weltordnungspolitische Dimensionen des Konflikts hinzu: Die irakische Invasion verletze die Regeln des internationalen Zusammenlebens nach dem Ende des Kalten Krieges; Aggressionen dürften nicht belohnt, sondern müßten rückgängig gemacht werden. Der brutale Einmarsch rufe die Vereinigten Staaten auf den Plan, nicht weil sie diese Rolle suchten, sondern weil niemand sonst diese Aufgabe übernehmen könnte.

Einschätzung der US-Politik

Das inneramerikanische Kräfteprofil gab der Regierung Bush Handlungsspielraum. Die Administration hätte ihn nicht zugunsten der militärischen Option nutzen müssen, auch eine Verlängerung des UN-Embargos wäre innergesellschaftlich abgedeckt gewesen.

Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der offiziellen US-Politik sind das Ende des Kalten Krieges und die damit verbundenen Folgen. Die "Siegstrategie" der Exekutive kann als Versuch gedeutet werden, die für die Rüstungsindustrie spezifische Rezession abzumildern und die militärische Intervention wieder zu einem festen Bestandteil amerikanischer Außenpolitik zu machen.

Unabhängig davon, wie man die Politik der Administration inhaltlich beurteilt, besteht ihre "Leistung" u.a. darin: Den auf einen kleinen Kreis beschränkten Entscheidungsträgern gelang es zum einen, an der eigenen Bürokratie und weitgehend am Kongreß vorbei eine recht konsistente politische Linie zu entwerfen und durchzuführen - eine Aufgabe, die in einem zersplitterten, auf Aushandeln und Kompromiß zugeschnittenen Entscheidungssystem der USA allenfalls in Krisenzeiten möglich ist. Die Regierung koordinierte mit Geschick die internationalen Anforderungen, erfolgreich entwickelte sie eigene Konzepte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, daß eine äußerst kleine Entscheidungselite innerhalb des polarisiert-ambivalenten Anforderungsprofils in den USA die Initiative ergriff, läßt sich die politische Strategie der Bush-Administration eher im Sinne eines "Primats der Außenpolitik" denn eines Vorrangs der Innenpolitik deuten. Krisen und "heiße Kriege" scheinen die bisherige Regel, daß sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im "Normalfall" hauptsächlich innergesellschaftlich bestimmt werden, außer Kraft zu setzen oder gar umzukehren.

Die US-Politik hat eine Reihe positiver innen- und außenpolitischer Folgen für die Vereinigten Staaten. Der eigenen Bevölkerung gab die Bush-Administration das (Selbstwert-)Gefühl, in der Welt wieder die "Nummer Eins" zu sein. In der Staatengemeinschaft hat die US-Regierung das Prestige der Vereinigten Staaten erhöht. Sie hat im Golf-Konflikt Führungsfähigkeiten gezeigt.

Perspektiven des Sieges

Es ist fraglich, ob es der Administration gelingt, den tiefgreifenden Strukturwandel auf absehbare Zeit für die Rüstungsindustrie und die Militärs erträglich zu gestalten.

Vorsicht ist ebenfalls bei der Beurteilung der Frage angebracht, inwieweit die US-Regierung ihre offiziellen außenpolitischen Ziele erreicht hat. Die Sicherheit und Stabilität der Golfregion scheint in dem Ausmaß erreicht, in dem das Militärpotential des Irak zerstört wurde, vor allem die Massenvernichtungsmittel und die Produktionsanlagen hierfür. Bagdad verfügt offensichtlich weiterhin über Fähigkeiten, Nuklearwaffen herzustellen.

Das erklärte Ziel der Bush-Regierung, Sicherheit und Stabilität in der Golf-Region wieder herzustellen, überlappt sich mit dem Aspekt, inwieweit die USA ihren militärischen Sieg außenpolitisch umzusetzen vermögen. Insgesamt ist der von vielen erhoffte "große Schwung" im Hinblick auf eine politische Lösung bislang nicht eingetreten, es haben sich für den Friedensprozeß keine Perspektiven ergeben, die es nicht vor dem Krieg auch schon gab.

Gliederung

	Seite
1. Einleitung	1
2. Das Ende des Kalten Krieges und der Beginn des "heißen Krieges"	3
3. Die polarisierte Öffentlichkeit	6
4. Die Befürworter militärischer Gewalt	8
4.1 (Pro-)Jüdische Interessengruppen	8
4.2 Die Rüstungsindustrie und ihre Verbündeten	9
5. Mittlere Positionen	12
5.1 Die Gewerkschaften	12
5.2 Die katholische Kirche	13
6. Die Befürworter eines verlängerten UN-Embargos	15
6.1 Liberale und konservative Repräsentanten	15
6.2 Die Ölgesellschaften	16
7. Die Befürworter nicht-militärischer Maßnahmen	18
8. Der Kongreß	20
9. Die Golf-Politik der Bush-Administration	24
10. Einschätzung der US-Politik	29
11. Perspektiven des Sieges	33
Anmerkungen	38

1. Einleitung

In den Vereinigten Staaten, die die Koalition gegen den Irak anführten, gab es intensive Auseinandersetzungen darüber, wie auf die Invasion Saddam Husseins am 2. August 1990 zu reagieren sei. Auch die Politik der Administration Bush, die schon frühzeitig auf die Anwendung von Waffengewalt setzte, löste landesweit Kontroversen aus, und zwar sowohl in der öffentlichen Meinung als auch bei gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Dieser Report stellt die große Bandbreite an Auffassungen zum Einsatz militärischer Gewalt sowie zum UN-Embargo und seiner Verlängerung dar. Die politische Palette reicht von den Gruppen, denen die Politik der US-Regierung nicht weit genug ging, bis zu jenen, die eine militärische Lösung grundsätzlich ablehnten. Die "Linse", durch die alle Akteure gesehen werden, ist das Ende des Kalten Krieges als eine wichtige Rahmenbedingung für die entsprechenden Positionen und Aktionen.

Als Quellen dienen im Hinblick auf die öffentliche Meinung die zahlreich durchgeführten Umfragen. Die Positionen der politisch wichtigen Gruppierungen werden auf der Basis ihrer offiziellen Erklärung analysiert. Da, wo dies nicht möglich ist - etwa bei der Rüstungsindustrie -, versuche ich auf der Ebene von Plausibilität die Interessen der Akteure anzugeben. Es ist nicht - schon gar nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt - möglich, über die Darstellung der gesellschaftlichen Auffassungen auch den Einfluß der Gruppen auf die Administration und den Kongreß herauszuarbeiten. Es ist ebenfalls noch viel zu früh, die Entscheidungsprozesse in der Administration zu analysieren. Deshalb beschränkt sich dieser Report auf die Ziele, die die unterschiedlichen Entscheidungsträger in der Regierung Bush verfolgt haben. Im Hinblick auf den Kongreß werden lediglich die Hauptpositionen dargestellt. Auch hier läßt sich der Einfluß der gesellschaftlichen Gruppen nur punktuell belegen - im Falle der (pro-)jüdischen Interessengruppen läßt sich aufzeigen, wie sich die klar vorgetragenen Anforderungen im politischen System brechen.

Soviel läßt sich denn auch jetzt schon sagen: Im Rahmen des polarisiert-ambivalenten Anforderungsmusters der amerikanischen Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Gruppen entwickelte eine kleine Entscheidungselite ihre Initiativen und verfolgte ihre eigenständige Politik. Der kleine Kreis von Politikern nutzte den Handlungsspielraum während der Golf-Krise und des sich anschließenden Krieges. Nicht zum Tragen kam der spezifische Charakter des politischen Entscheidungssystems. Es ist in Nicht-Kriegs- und Nicht-Krisenzeiten durch Aushandeln und durch Kompromisse gekennzeichnet, durch schwerfällige bürokratische Entscheidungsprozesse und eine große Anzahl beteiligter

Akteure. Insgesamt läßt sich die Strategie der Bush-Administration stärker im Sinne eines "Primats der Außenpolitik" denn eines Vorrangs der Innenpolitik interpretieren.

Die beiden letzten Kapitel listen einerseits die - aus offizieller Sicht - positiven Folgen auf, die der Golf-Krieg für die amerikanische Politik hat und noch haben könnte. Andererseits melden sie Zweifel daran an, daß sich der Golf-Krieg insgesamt "gelohnt" hat, möglicherweise selbst für die Befürworter einer militärischen Lösung. Denn die Erwartungen von einst decken sich nicht mit den Ergebnissen von heute.

2. Das Ende des Kalten Krieges und der Beginn des "heißen Krieges"

Mit dem sich auflösenden Ost-West-Konflikt geht in den Supermachtbeziehungen nicht eine kurzlebige Episode, sondern eine ganze Epoche zu Ende. Fast ein halbes Jahrhundert prägte er die außenpolitischen Grundorientierungen und das Selbstverständnis der USA als Welt- und Ordnungsmacht, einschließlich des "amerikanischen Grundrechts" auf militärische Intervention. Der Ost-West-Konflikt bestimmte auch ihre außenpolitischen "Weltbilder", Konzepte und Militärstrategien wesentlich mit. Die "sowjetische Bedrohung" wurde zu einem Teil des amerikanischen Selbstbildes.

Der Ost-West-Gegensatz strukturierte ferner die inneramerikanischen Konstellationen mit - im wesentlichen das liberale Rüstungskontrolleestablishment und das konservative, in sich nicht einheitliche Sicherheitsestablishment, also der teils organisierte, teils informelle Verbund von Intellektuellen und Instituten, von (ehemaligen) hohen Militärs und Industriellen, Veteranenverbänden, Banken und Handelskammern sowie von mehreren religiösen Gruppierungen und vor allem von Rüstungslobbyorganisationen. Der Gegensatz zwischen Ost und West bestimmte darüber hinaus die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Einflußpositionen mit, insbesondere die Legitimation der Militärs, das Ausmaß der Rüstungsindustrie und die hochgradige Militarisierung der Forschungs- und Technologiepolitik. Nahezu die ganze amerikanische Gesellschaft war in der Außenpolitik diesseits der Eindämmung der Sowjetunion, war im Anti-Kommunismus geeint. Was aber war das Pro, wie sollte die Politik jenseits des "containment" der UdSSR aussehen? Diese Frage stellte sich zunehmend nach Gorbatschows Amtsantritt, 1985, und der damit beginnenden außenpolitischen Perestrojka der Sowjetunion.

Im Meinungsbild der amerikanischen Öffentlichkeit vollzieht sich seitdem ein dramatischer Wandel. Nur noch für ein Drittel der US-Bevölkerung und lediglich für ein Fünftel der Eliten stellt das sowjetische Militärpotential eine entscheidende Bedrohung dar. Die Mehrheit der Amerikaner sieht die UdSSR nicht mehr als Hauptgegner, sondern als einen der drei Staaten, an denen die USA ein vitales Interesse haben. Staatspräsident Gorbatschow ist ungefähr so beliebt und respektiert wie der Präsident des eigenen Landes.

In den Vereinigten Staaten ist angesichts dieser Veränderungen eine gleichwertige, ähnlich umfassende "Ersatz-Bedrohung" mit entsprechender konsensbildender Kraft nicht in Sicht, auch wenn eine Reihe anderer Faktoren inzwischen stärker als Gefahr wahrgenommen wird: die zivilen Herausforderer Japan und Europa, Instabilitäten vor allem in der Dritten Welt, der internationale Terrorismus sowie die Unwägbarkeiten sowjetischer Innenpolitik und ihre außenpolitischen Konsequenzen.(1)

Mit der schwindenden äußeren Gefahr blickte die amerikanische Bevölkerung zunehmend auf die vielfältigen inneren Gefahren: die zerfallende wirtschaftliche Infrastruktur, die Bildungsmisere, die größer werdende Kluft zwischen arm und reich sowie das enorme Budgetdefizit. Es wurden die Stimmen lauter, die dafür plädierten, nach den fetten Jahren für das Pentagon und für die Rüstungsindustrie die (haushalts)politischen Prioritäten zugunsten des zivilen Sektors neu zu gewichten. Noch nie zuvor waren die internationalen Rahmenbedingungen so günstig, die durch verminderte Rüstungsausgaben frei werdenden Mittel ("Friedensdividende") verstärkt für eine ökonomische, technologische und soziale Rundumerneuerung der Vereinigten Staaten zu verwenden.

Der sich auflösende Ost-West-Konflikt rüttelt vor allem an den Grundfesten der gesellschaftlichen Gruppierungen, die vom Gegensatz zwischen USA und Sowjetunion profitiert haben - sei es mit klingender Münze, sei es, daß er ihren innergesellschaftlichen Einfluß und ihr Selbstverständnis begründete. Wie nie zuvor muß sich nach dem Ende des Kalten Krieges das konservative Sicherheitsestablishment neu legitimieren. Die letzte Glaubwürdigkeitskrise hatte Mitte der siebziger Jahre mit dem Ende des Vietnam-Krieges begonnen. Er bedeutete einen Prestige- und Einflußverlust für die Institution Militär und erschütterte ihr Selbstverständnis insofern, als er den Widerstand gegen eine interventionistische Politik erhöhte und den Gebrauch militärischer Macht diskreditierte. Die damalige Identitätskrise hatte noch im Rahmen des Ost-West-Konflikts stattgefunden und konnte mit dem Hinweis auf die "sowjetische Bedrohung" zumindest teilweise ausgeglichen werden.(2) Jetzt hingegen waren es diese Rahmenbedingungen selbst, die sich fundamental änderten. Auch diesmal meldeten sich mit der verstärkten Binnenorientierung der amerikanischen Gesellschaft neoisolationistische Stimmen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums zu Wort. Sie sahen den weltpolitischen Auftrag der USA nach dem westlichen "Sieg" im Kalten Krieg als erfüllt an. Die zivilen Gradmesser von Macht waren es, die damit stärker in den Vordergrund der Debatte rückten.

Diese neoisolationistische "bring the boys home"- und Festungsmentalität war im konservativen Lager aber nicht die einzige Reaktion auf den sich auflösenden Ost-West-Konflikt. Ihr stehen jene gegenüber, die das zerbröckelnde "Anti" mit einem offensiven, global ausgerichteten "Pro" beantworten. Sie wollen das demokratische Modell amerikanischen Stils als Vorbild für die zu schaffende "Neue Weltordnung" exportieren ("waging democracy").(3) Zu dieser Richtung gehören vor allem prominente (Neo)konservative wie Ben Wattenberg vom angesehenen American Enterprise Institute, Kenneth Adelman, George Weigel (Ethics and Public Policy Center) sowie Paul Weyrich von der populistisch ausgerichteten Free Congress Foundation. Insbesondere für diese konservativen Internationalisten in der Tradition der Missionars- und Kreuzzugsmentalität der USA kommt der Verzicht auf die Verbreitung amerikanischer Werte praktisch einem Verrat an den Grundsätzen der "amerikanischen Idee" gleich. Die mögliche Anwendung

militärer Gewalt ist ein festes Element in ihrem außenpolitischen "Weltbild". So hatten führende Vertreter dieser Richtung wie Carl Gershman die US-Intervention in Panama, 1989, als Dienst an der Demokratie gerechtfertigt; denn aufgrund der Invasion sei dort eine demokratisch gewählte Regierung möglich gewesen. Im politischen System der USA ist die Regierung Bush zu den entschiedenen konservativen Internationalisten zu zählen. Der Präsident war es, der im Juni 1990 davor warnte, daß "aus dem kleinen (isolationistischen, B.W.K.) Rauch schnell ein Feuer werden" könnte.

Trotz der gewichtigen Unterschiede ist den konservativen Internationalisten und Isolationisten eines gemein: Die Hegemoniestellung und damit den nationalen Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Vereinigten Staaten neu zu festigen. Dieses gemeinsame Interesse ist vor dem Hintergrund der inneramerikanischen Diskussion um den wirtschaftlichen und technologischen Niedergang der USA zu sehen. Die Vertreter beider Richtungen wollen den von vielen Liberalen (aber keineswegs von allen) notwendig erachteten Lernprozeß nicht akzeptieren und ihm entgegenwirken: sich nämlich psychologisch darauf einzurichten, daß die Vereinigten Staaten nur eine "normale Macht", aber keine Supermacht mehr sind. (4)

Wie nie zuvor nach 1945 befanden sich die USA in einer Umbruch- und Orientierungsphase, vor allem außenpolitisch standen sie am Scheideweg zwischen einem verstärkten Rückzug und einem neu zu begründenden weltweiten Engagement. In dieser Situation marschierten die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein am 2. August 1990 in Kuwait ein. Die Invasion wurde zum ersten Testfall nach Ende des Kalten Krieges für die Durchsetzung der unterschiedlichen und konkurrierenden außenpolitischen Konzepte und spezifischen Forderungen, wie sie in der amerikanischen Öffentlichkeit, vor allem aber von wichtigen gesellschaftlichen Gruppen entwickelt und vorgetragen wurden. Sie bilden den Hintergrund für die diplomatischen und militärischen Aktivitäten der Bush-Administration auf der weltpolitischen Bühne. Sowohl die inneramerikanische Diskussion als auch die Politik der US-Regierung können aber nicht nur vor dem wohl unabwendbaren Strukturwandel der USA nach Ende des Kalten Krieges gesehen werden. Viel mehr gilt es, die spezifischen Interessen der USA im Nahen und Mittleren Osten zu berücksichtigen, also den Schutz Israels und Saudi-Arabiens, die Sicherung des Zugriffs auf das Öl sowie die Zähmung der dortigen Staaten mit hegemonialen Ambitionen, noch dazu, wenn sie das Völkerrecht flagrant verletzen.

3. Die polarisierte Öffentlichkeit

Anders als die amerikanischen Eliten war die Bevölkerung nach der Vietnam-Erfahrung gegenüber militärischen Interventionen der USA sehr zurückhaltend. Sie unterstützte sie für ausgewählte Regionen und Länder mehrheitlich (z. B. für Westeuropa oder Saudi-Arabien). Wie die positiven Reaktionen in der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Invasionen in Grenada und in Panama zeigten, mußte sichergestellt sein, daß die Intervention schnell verlief und mit geringen Kosten verbunden blieb, vor allem aber mit minimalen Verlusten auf der eigenen Seite.

Auch im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung am Golf mußte die Administration sicher sein, daß die Bevölkerung hinter ihr stand. Den Beschluß der Regierung, Truppen in jene Region zu entsenden, hat die Öffentlichkeit von Anfang an mehrheitlich (ca. 60 % und mehr) beständig unterstützt; die am 8. November 1990 bekanntgegebene Aufstockung befürwortete sie allerdings mit rund 50 % deutlich niedriger. Die erklärten politischen Ziele der Exekutive teilten die Amerikaner nur begrenzt. Interessiert waren sie besonders am Schutz der Ölversorgung (ca. 50 %) und - mit deutlichen Pendelausschlägen nach unten oder oben - an der Vertreibung der Iraker aus Kuwait sowie an der Einsetzung des früheren Regimes (das Prinzip des "waging democracy", das führende konservative Internationalisten propagierten, überzeugte die US-Bevölkerung offensichtlich nicht recht). Eine deutliche Mehrheit (zwischen 70 und 78 %) plädierte dafür, das konventionelle, Nuklear- und Chemiewaffenpotential des Irak zu zerstören sowie Saddam Hussein zu stürzen.

Ein beträchtlicher Teil der US-Bevölkerung (einer Umfrage vom 10. Januar 1991 zufolge 39 %) war, anders als die kompromißlose Regierungspolitik, zudem bereit, Bagdad Zugeständnisse zu machen, also den Rückzug der Iraker aus Kuwait mit einer internationalen Konferenz über die Palästinenserfrage zu verbinden. Ein recht hoher Prozentsatz (zwischen 45 und 51 %) von Amerikanern kritisierte, daß der Präsident seine Ziele in der Golfpolitik nicht klar genug dargelegt habe. Dennoch beurteilte der größte Teil der US-Öffentlichkeit die Art und Weise, wie Bush in der Golf-Krise agierte, positiv. Die Werte schwanken allerdings. Von anfangs 70 bis 75 % fielen sie in den ersten Dezembertagen auf 57 %, in der ersten Januarwoche kletterten sie auf knapp 70 %, ein Anstieg, der wahrscheinlich auf die Geiselnbefreiung und die UN-Resolution 678 zurückzuführen sein dürfte.

Hinsichtlich des zentralen Problems, ob die Golf-Krise mit Sanktionen oder militärischen Mitteln gelöst werden sollte, war die amerikanische Bevölkerung in etwa gleiche Teile gespalten (hier war der Wortlaut der Fragestellung besonders wichtig). Einige Umfragen geben zu erkennen, daß eine leichte Majorität einerseits Sanktionen gegen-

über einem Krieg den Vorzug gab und dem Embargo noch mehr Zeit einräumen wollte, wenn auch nicht unbegrenzt. Andererseits war die Mehrheit (zwischen 55 und 68 %) im Dezember 1990 und Anfang Januar 1991 dafür, Saddam Hussein nach dem 15. Januar mit Gewalt aus Kuwait zu vertreiben. Kurz vor Kriegsbeginn war in einigen Umfragen nur die Hälfte der Befragten der Meinung, der Präsident habe alles getan, um einen Krieg zu vermeiden. Andererseits ließen die meisten Amerikaner keinen Zweifel daran, daß es für sie Anlässe gab, die eine militärische Reaktion bis zum Einsatz von Nuklearwaffen rechtfertige (etwa wenn der Irak US-Streitkräfte angreife oder Saudi-Arabien überfalle).

Das Schlüsselproblem für die Administration war jedoch, wie lange die Öffentlichkeit einen Krieg mehrheitlich unterstützen und wie viele tote US-Soldatinnen und Soldaten sie hinnehmen würde. Vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges und des von ihm ausgelösten Traumas überraschen Umfrageergebnisse nicht, die eine niedrige Akzeptanzschwelle zeigen. Ein einige Wochen andauernder bewaffneter Konflikt mit einigen Hundert Opfern hielten kurz vor Kriegsausbruch 55 : 37 % für akzeptabel, während ein langer und blutiger Waffengang, der sich über ein Jahr hinziehen und mehreren Tausend Amerikanern das Leben kosten würde, für die Mehrheit der Bevölkerung nicht annehmbar war (62 : 27 %).(5)

Das politische Mandat an den Präsidenten und seine Administration war eindeutig: Kein zweites Vietnam! In anderen entscheidenden Fragen war die amerikanische Nation insgesamt gespalten. Dabei verliefen die Trennungslinien entlang der Geschlechtszugehörigkeit, der (partei)politischen Orientierung, des Bildungsniveaus sowie des Schwarz-Weiß-Gegensatzes, sie verlief auch zwischen den Generationen. Der typische Befürworter des Einsatzes militärischer Gewalt war der weiße, saturierte, gebildete Mittelschichten-Mann, der die konservative Republikanische Partei wählt oder ihr angehört und dabei jünger als 45 Jahre ist.

Dieses Muster entspricht der Einstellung zu Beginn sowohl des Korea- als auch des Vietnamkrieges. Die Geschlechtszugehörigkeit bestimmte die Haltung zum Golf-Krieg stärker als das Alter. Die Gründe für die unterschiedlich große Unterstützung der militärischen Option liegen auf der Hand: Amerikanische Frauen lehnen traditionell Gewalt im persönlichen Bereich und auf internationaler Ebene stärker ab als Männer (gender gap). Daß die schwarze Bevölkerungsgruppe die militärische Option weniger befürwortete als die weißen amerikanischen Bürger, dürfte vor allem mit zwei Faktoren zusammenhängen: mit dem überdurchschnittlich hohen Anteil der schwarzen Soldatinnen und Soldaten am Golf und mit der allgemeinen Skepsis gegenüber einem Republikanischen Präsidenten, der ihren politischen Interessen nur begrenzt nachkommt (erst im Oktober 1990 hatte Bush sein Veto gegen den Civil Rights Act eingelegt).(6)

4. Die Befürworter militärischer Gewalt

4.1 (Pro-)Jüdische Interessengruppen

Es versteht sich von selbst, daß alle jüdischen Interessenorganisationen eine entschiedene Pro-Israel-Haltung einnahmen, ganz gleich, ob sie politisch eher konservativ oder gemäßigt, ob sie in religiöser Hinsicht eher orthodox oder reformorientiert sind. Das Engagement für den Schutz und die Sicherheit des Staates Israel ist nicht nur der kleinste, sondern auch der stärkste gemeinsame politische Nenner aller Gruppen. Die Krise und der Krieg am Golf wirken - zumindest vorübergehend - auch als einigende Faktoren für die verschiedenen jüdischen Organisationen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen liberalisierten Auswanderungspolitik Moskaus für Juden aus der UdSSR hatten diese amerikanischen Interessengruppen einen gemeinsamen Gegner und ein gemeinsames Anliegen verloren.

Die amerikanischen Juden, die ca. 2,5 % der US-Bevölkerung ausmachen, sind politisch sehr aktiv; der Hinweis auf den "Faktor Israel" verleiht ihren Forderungen besonderes Gewicht, da in der amerikanischen Bevölkerung eine proisraelische Grundhaltung weit verbreitet ist. Die jüdischen Bürger verfügen über außerordentlich gut organisierte Lobbygruppen. Als wirksamste gilt das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), das seine Aktivitäten hauptsächlich auf den Kongreß ausgerichtet hat.(7) AIPAC hat mit dem Hinweis, es sei eine Mitgliederorganisation, keine offiziellen Erklärungen zum Golf-Krieg abgegeben. Andere Interessengruppen hingegen haben ihre kompromißlosen Forderungen unmißverständlich öffentlich artikuliert. Sie hielten die diplomatischen Aktivitäten der Bush-Administration für unzureichend und gingen teilweise weit über die erklärten Ziele der US-Regierung hinaus.

Die zentrale Forderung an die Exekutive war, militärische Gewalt als akzeptable moralische Option rechtzeitig einzusetzen, um die offensiven militärischen Fähigkeiten des Irak zu verringern und das Arsenal sowie die Produktionseinrichtungen für nukleare, chemische und biologische Waffen zu vernichten. Dies verlangten alle wichtigen jüdischen Gruppen: die Union of American Hebrew Organizations (die ungefähr ein Drittel aller amerikanischen Juden repräsentiert), die Central Conference of American Rabbis, das American Jewish Committee, der Council of Jewish Federation (eine Dachorganisation von mehr als 200 Vereinigungen) und die Anti-Defamation League von B'nai B'rith.(8)

Nach dem ersten Abschuß einer irakischen SCUD-Rakete auf Israel hielt beispielsweise das Religious Action Center of Reform Judaism, das 1,5 Mio. Reformjuden und 1.500

Rabbis in den USA vertritt, einen israelischen Gegenschlag für legitim. Später forderte einer der führenden Neo-Konservativen um die jüdische Zeitschrift "Commentary", Norman Podhoretz, die US-Administration öffentlich in der "New York Times" auf: "Give Israel a Shot at Saddam".(9) Darüber hinaus verlangten jüdische Gruppen unmißverständlich von Präsident Bush, den irakischen Rückzug aus Kuwait nicht von der Lösung anderer politischer Probleme der Region abhängig zu machen. Für sie war die Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens durch Israel (1967) nicht mit dem irakischen Überfall auf Kuwait vergleichbar, weil jene Gebiete - so die formale Argumentation - vor dem Juni-Krieg keine souveränen Territorien im rechtlichen Sinne waren.

Politisch unterstützt wurden die jüdischen Interessenorganisationen vor allem vom Committee for Peace and Security in the Gulf, das sich spontan bildete und am 10. Dezember 1990 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Sein wichtigster Programmpunkt war, das irakische Militärpotential zu zerstören. Die spontane Gründung oft kurzlebiger "Ein-Punkt-Gruppen" ist in den USA nicht selten. Dieses "Committee" war aufgrund seiner Zusammensetzung nicht irgendeines. Ihm gehörten vor allem (ehemalige) Politiker und Meinungsführer an, und zwar nicht nur konservative, sondern auch liberale (wie z. B. die Mitinitiatorin Ann Lewis, früher politische Beraterin von Jesse Jackson); einige Mitglieder gelten traditionell als nicht "Pro-Israel" (z. B. der frühere Senator Baker und der ehemalige Verteidigungsminister Carlucci). Wie wichtig Bush das Committee for Peace and Security in the Gulf nahm, zeigt sich darin, daß er und seine wichtigsten Berater Repräsentanten dieser Gruppe Anfang 1991 zweimal offiziell empfangen.(10)

4.2 Die Rüstungsindustrie und ihre Verbündeten

Die amerikanischen Waffenproduzenten, aber auch die Militärs und die Verteidigungsbürokratie, gehören zu den eindeutigen Verlierern des westlichen "Sieges" im Kalten Krieg über die UdSSR und ihre damaligen militärischen Verbündeten. Die "Fabrikanten des Todes" gründeten ihr unternehmerisches Lebensrecht nahezu ausschließlich auf den Gegensatz der USA zur UdSSR, die es in dieser Form jedoch nicht mehr gibt. Verminderte Militärpotentiale (und zwar nicht selektiv, sondern in ganzer Breite), verringerte Rüstungsetats (und zwar nicht nur im Sinne zurückgegangener Wachstumsraten, sondern realer Kürzung) - das sind die derzeitigen Merkmale für den tiefgreifendsten Strukturwandel, in dem sich vor allem die Rüstungsindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg befindet. Die Planung der Bush-Administration ging Anfang des Jahres davon aus, den Verteidigungshaushalt bis 1995 um ein Viertel zu senken; die Anzahl der aktiven Militärs soll von 2 Mio. auf 1,65 Mio. fallen.(11)

Die Umstellung der "Kalten-Kriegs-Wirtschaft" wirft enorme nationale, regionale und lokale Probleme auf. (12) Zehntausende (in)direkte Arbeitsplätze sind mit der Schließung von Militärbasen, Rüstungsfirmen und deren Zulieferunternehmen verbunden. Für die amerikanische Militärindustrie hat dieser eindeutige Trend ansatzweise bereits 1985 begonnen. Seitdem hat der US-Kongreß an die Haushaltsforderungen der US-Administration den Rotstift angelegt. Inflationsbereinigt ging der Rüstungsetat nach einer Reihe fetter Jahre zurück. Selbst in den rosigen Zeiten vollzog sich ein Strukturwandel in der amerikanischen Rüstungsbranche: von 1982 bis 1987 zogen sich mehr als 100.000 kleine Firmen aus diesem Bereich zurück, allein im (militärisch ausgerichteten) Sektor der Luftfahrtindustrie wurden zwischen 1987 und 1989 34.000 Beschäftigte, das sind 5 % der in diesem Bereich Arbeitenden, entlassen.

In den letzten Jahren reagierten die Waffenhersteller in den USA mit verschiedenen Anpassungsstrategien auf die neuen Rahmenbedingungen. "Rüstungsriesen" wie McDonnell Douglas versuchen die anstehenden Kürzungen mit Entlassungen zu bewältigen - dieser Konzern entließ 1990 fast ein Drittel seiner 40.000 Beschäftigten in St. Louis. Andere Unternehmen wiederum, die in hohem Maße von Pentagon-Aufträgen abhängen, sind von anderen Konzernen aufgekauft worden (z. B. Sanders Associates von Lockheed, Ford Aerospace von Loral), oder aber sie schließen sich zusammen. Unternehmen wie Boeing und Martin Marietta verlagern ihre Aktivitäten in den zivilen Bereich (z. B. in den Flugzeugbau) oder auf den Weltraum. Mehrere Firmen arbeiten inzwischen gezielt zusammen ("teaming arrangements"), und zwar sowohl in den USA als auch international. Vor allem aber versucht die US-Rüstungsindustrie, den einheimischen schrumpfenden Markt durch verstärkte Exportaktivitäten auszugleichen.

In der inneramerikanischen Debatte um den Golf-Krieg gab die Rüstungsindustrie keine offiziellen Erklärungen ab. Es gehört traditionell zu ihrer "PR-Diplomatie" und Lobbystrategie, daß sie hinter den Kulissen aktiv ist und nicht auf der politischen Bühne. Zudem verfügt die Industrie innerhalb des Sicherheitsestablishments über ein relativ stabiles Netzwerk von Organisationen und Instituten, die ihre wirtschaftlichen Interessen mit sicherheitspolitischen (und daher oft wirksameren) Argumenten vertreten. Das betraf auch während der Golf-Krise die Aktivitäten und Positionen von Lobbygruppen wie den alteingesessenen American Security Council und das Center for Security Policy.

Vor diesem Hintergrund kann vermutet - nicht aber belegt und bewiesen werden: Das Interesse von Rüstungsunternehmen an einer militärischen Lösung des Konflikts dürfte darauf gerichtet gewesen sein, den Strukturwandel, wenn er schon nicht aufzuhalten ist, zu verlangsamen und abzufedern. Ein sich länger hinziehender, auch für den Westen verlustreicher Krieg bot zudem die Chance, daß die zerstörten amerikanischen Waffen hätten ersetzt werden müssen; ein kurzer, siegreicher Krieg enthielt dagegen das Ver-

sprechen für die betreffenden Firmen, daß die "siegreichen Waffen" verstärkt produziert würden (so wurden z.B. die "Erfolge" der Patriot-Abwehrrakete dazu benutzt, nicht nur mehr Gelder für diese Waffe, sondern für das SDI-Programm insgesamt zu bekommen). Vor allem aber bestand bei einem für die USA "erfolgreichen" Kriegsausgang die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten ihre Sicherheitsdoktrin (und entsprechend ihr Waffenprofil) verstärkt auf die eines Weltpolizisten ausrichten, der Konflikte mittlerer Intensität militärisch löst. Spätestens an diesem Punkt kommen über den engen wirtschaftlichen Aspekt hinaus die bereits eingangs skizzierten Interessen des konservativen Sicherheitsestablishments ins Spiel, nämlich eine neue Begründung für den Einsatz militärischer Gewalt aufzubauen. Nur so ließ sich eine neue politische und psychologische Infrastruktur errichten, die es dem konservativen "Lager" erlaubt, die verlorengelassenen Einflußpositionen zumindest teilweise zu erhalten.

5. Mittlere Positionen

5.1 Die Gewerkschaften

Der sich auflösende Ost-West-Konflikt bedeutet auch für den Dachverband der Gewerkschaften, AFL-CIO, und die einzelnen "unions" den Abschied von traditionellen Feindbildern, vom jahrzehntelangen kategorischen Nein zur amerikanischen Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik gegenüber der UdSSR. Die Gewerkschaften gehörten bis Ende der siebziger Jahre nicht nur zu den verlässlichsten Statthaltern von Kaltem-Kriegs-Denken und Antikommunismus, sondern sie befürworteten auch lange Zeit eine offensive interventionistische Politik der USA. In den ersten Jahren der Ära Reagan, dessen Wirtschafts- und Anti-Sozialpolitik sie als Kampfansage empfanden, rückten viele "unions" teilweise und vorsichtig von ihren damaligen Positionen ab.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutet für einige Einzelgewerkschaften und ihre Mitglieder einen spezifischen Strukturwandel, vor allen für die International Association of Machinists and Aerospace Workers (IAM), die die Interessen der in der Rüstungsbranche Beschäftigten vertritt (der umfassendere Strukturwandel, der vielen "unions" Probleme bereitete, betraf die zunehmend stärkere Gewichtung im Hochtechnologiebereich zu Lasten der herkömmlichen Großindustrien). Zumindest die Führung dieser traditionell liberalen Einzelgewerkschaft war schon in den achtziger Jahren daran interessiert, Prioritäten und Positionen, die jahrelang als tabu galten, zu überdenken. Sie stellte die Frage nach den negativen Auswirkungen von Rüstung auf die beschäftigungspolitische und wirtschaftliche Situation, sie ließ sogar ein Interesse an Umrüstungsstrategien erkennen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß die Gewerkschaften nicht aus beschäftigungspolitischem Interesse heraus eine militärische Lösung befürworteten, um den Strukturwandel in der USA abzuschwächen. Während der Golf-Krise verhielten sich die "unions" insgesamt recht zurückhaltend (die offizielle Publikation "AFL-CIO News" enthält zwischen der irakischen Invasion und dem Beginn der alliierten Bombardements nur zwei Erklärungen).(13) Die erste Stellungnahme von AFL-CIO-Präsident Lane Kirkland unterstützte die Entsendung der ersten amerikanischen Truppenkontingente an den Golf nachdrücklich. Kirkland stimmte mit der Regierung Bush darin überein, daß es sich hier um die Verteidigung "vitaler Interessen" nicht nur der USA, sondern der "freien Welt" handele - ein Vokabular, das an die frühere antikommunistische Rhetorik der Gewerkschaften erinnert.(14)

Das Hauptproblem der Gewerkschaften war, ihre patriotische Unterstützung für die amerikanische Militärpräsenz am Golf mit ihrem sozialpolitischen Auftrag für ihre Mitglieder zu verbinden. Das militärische Engagement sollte nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Diesen Zielkonflikt glaubte der Dachverband auf haushaltspolitischer Ebene lösen zu können. Entsprechend forderte er, daß Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz, das die Verminderung des Budgetdefizits für die nächsten Jahre festlegt, zeitweilig außer Kraft zu setzen. Unmittelbar nach der Bombardierung der Anti-Irak-Koalition ließ der Dachverband keinen Zweifel daran, daß die "amerikanische Arbeiterbewegung unser Land und die Frauen und Männer in unseren Streitkräften sowie ihre mutigen Bemühungen (voll unterstützt), um diesen Konflikt zu einem frühen und klaren Ende zu bringen".(15)

5.2 Die katholische Kirche

Auch die konservativen Strömungen in der Kirchenführung, im Klerus und unter den Laien müssen von vertrauten (Feind)-Bildern von der Sowjetunion Abschied nehmen und sich der neuen Situation anpassen. Aber wahrscheinlich stellt das Ende des Kalten Krieges nicht für die gesamte Kirche einen tiefen Einschnitt dar. Denn Veränderungsprozesse haben bereits in den letzten Jahrzehnten stattgefunden. Manifest wurden sie zu Beginn der achtziger Jahre, insbesondere im Hirtenbrief der Bischofskonferenz zur Frage von Krieg und Frieden. Mit ihm begann in der Geschichte der katholischen Kirche in den USA ein neues Kapitel. Sie war nicht mehr die unterprivilegierte Kirche der Emigranten vornehmlich aus Süd- und Osteuropa, die den Verdacht, politisch unzuverlässig zu sein, jahrzehntelang mit einem "Überpatriotismus" ausgeglichen hatte; ihr strikter Antikommunismus ließ nach, die amerikanische Außenpolitik unterstützte sie nicht mehr vorbehaltlos. Das neue Selbstbewußtsein von Führung und Klerus, Teil der amerikanischen Kultur zu sein, trat ebenfalls zutage. Mit dieser "Amerikanisierung" der katholischen Kirche ging ein weniger autoritäres Amtsverständnis und ein Prioritätenwechsel einher - und zwar weg von rein kirchenbezogenen Problemstellungen, die die Absicherung und das Wachstum der Einwandererkirche betrafen, hin zu den drängenden sozialen Fragen der amerikanischen Gesellschaft.

In diese Entwicklung reihte sich auch die Haltung der katholischen Führung und der leitenden Gremien im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt gegenüber dem Irak ein. Die offizielle Kirche war in dieser Frage gespalten - insofern fiel sie hinter ihr eindeutiges Engagement, das sie im kritischen Hirtenbrief zur Nuklearrüstung Anfang der achtziger Jahre gezeigt hatte, zurück. Der kleinste gemeinsame Nenner war hier der Rekurs auf die Lehre vom gerechten Krieg und ihre Kriterien, die erfüllt sein mußten, be-

vor die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sei. Aber dies war lediglich eine formale Grundlage. Führende Bischöfe, aber auch der übrige Klerus und die Laien zogen unterschiedliche, ja gegensätzliche Schlußfolgerungen aus den Kriterien.(16)

Das Dilemma der katholischen Führung und der Zwang zu Kompromißpositionen kommt darin zum Ausdruck, daß sie die US-Regierung aufforderte, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf Diplomatie und das UN-Embargo zu setzen sowie auf die militärische Option zu verzichten.(17) Gleichzeitig jedoch schwächte die katholische Führung diese Forderung wieder ab. Sie erklärte, daß eine offensive Aktion die Prinzipien des gerechten Krieges, nämlich die Verhältnismäßigkeit der Mittel und den Einsatz militärischer Gewalt als letzte Möglichkeit, "durchaus verletzen könne". Diese Sowohl-als-auch-Haltung blieb nach den Bombardements der Anti-Irak-Koalition weiterhin bestimmend.(18)

Mancher Kirchenfürst sah sich in der Rolle des kritisch Hinterfragenden, weder als "Anführer beim Beifallrufen" noch als grundsätzlicher Opponent gegen einen militärischen Einsatz. Sie stellten sich damit außerhalb des überwältigenden Konsenses in der amerikanischen Bevölkerung. Daß sich die Kirchenführung nicht völlig auf unpolitische seelsorgerliche Tätigkeiten zurückzog, zeigt ihr Bewußtsein für die politischen Dimensionen sowohl der Kriegsursachen als auch der Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten einschließlich des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Das neue, weniger autoritäre Amtsverständnis und der Prioritätenwechsel zu den sozialen Problemen der amerikanischen Gesellschaft kam erneut in der Position der katholischen Kirche zum Golfkrieg zum Tragen. Der einzelne mußte schließlich selbst über seine Einstellung zum Einsatz militärischer Gewalt befinden. Den Konflikt und seine Folgen sahen Kirchenführer wie Erzbischof Roach im Zusammenhang mit einem Begriff von Gerechtigkeit, der über die politische Dimension (völkerrechtswidriges Verhalten des Irak gegenüber Kuwait) hinaus nicht vor der sozialen Dimension im eigenen Land Halt machte.

6. Die Befürworter eines verlängerten UN-Embargos

6.1 Liberale und konservative Repräsentanten

Eine ungewöhnliche Koalition landesweit bekannter Meinungsführer plädierte dafür, die UN-Maßnahmen zu verlängern, auch wenn sie nicht grundsätzlich gegen den Einsatz von Gewalt waren. Hierzu gehörten der frühere US-Präsident Jimmy Carter und sein damaliger Außenminister Cyrus Vance. Zu den Vertretern des konservativen Sicherheitsestablishments, die den Kurs der US-Regierung kritisierten, zählten der frühere Rüstungskontrollberater von Präsident Reagan, Paul Nitze, und Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski. Nahezu alle früheren Verteidigungsminister und Generalstabschefs plädierten ebenfalls dafür, den UN-Sanktionen weiterhin eine Chance zu geben (unter ihnen James Schlesinger, der als Verteidigungsminister Nixons während des ersten Öl-embargos 1973/74 selbst die Bombardierung der Ölfelder am Golf erwogen hatte).(19)

Diese Konservativen stellten insgesamt das wichtigste Element gesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit zum Regierungskurs dar. In der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt traf die traditionelle Links-Rechts-Einteilung auch während der Golf-Diskussion nur teilweise zu. Mancher Kritiker der Regierung Bush hatte bereits als "hardliner" in vorangegangenen Administrationen im Gegensatz zu den konservativen Pragmatikern eine zurückhaltende Position zu militärischen Interventionen der USA eingenommen. Diese auf den ersten Blick überraschende Haltung ist auf ihre damalige Rolle im Entscheidungsprozeß zurückzuführen. Sie waren es, die - anders als das Außenministerium oder der Nationale Sicherheitsrat - die Entsendung der Streitkräfte praktisch durchzuführen und politisch zu verantworten hatten. Ihre strengen Einsatzkriterien werden erst vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges verständlich. Ihnen zufolge sollten die US-Streitkräfte nur dann als letzte Möglichkeit eingesetzt werden, wenn ein Sieg in einer Weise möglich war, der die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit nicht in Frage stellte.

Neu war in der Debatte um den Einsatz militärischer Gewalt am Golf auch, daß sich die US-Veteranen zu Wort meldeten - und zwar gegen einen Bodenkrieg.(20) Ungewöhnlich war zudem, daß einige ultrakonservative Kommentatoren wie Pat Buchanan, früherer Redenschreiber Ronald Reagans, für eine Verlängerung der UN-Maßnahmen eintraten. Bei Buchanan kommen zwei Faktoren zusammen: ein offenkundiger Antisemitismus und ein national-patriotischer Isolationismus. Buchanan befürwortet ein auf sich selbst zurückgezogenes, autarkes Amerika, das in der Welt nicht nur die Nummer 1, sondern auch die Nummer 2 und Nummer 3 sein soll.(21)

6.2 Die Ölgesellschaften

So überraschend es sein mag: Auch die Ölindustrie kann zu der Kategorie von Gruppen gezählt werden, die für ein verlängertes UN-Embargo waren. Sie hielt sich in ihren öffentlichen Erklärungen zu Krise und Krieg am Golf auffallend zurück. Die nahezu wissenschaftlich aufbereiteten Informationsblätter des American Petroleum Institute (API) - der Riese unter den Energielobbygruppen - lassen nicht direkt erkennen, ob die vom API vertretenen mehr als 350 Öl- und Gasunternehmen für oder gegen den Einsatz militärischer Gewalt waren. Aus der Sicht der Ölwirtschaft war das "Schwarze Gold" nur ein Faktor unter mehreren, um den es in der Golf-Krise ging. Die Infos spielen die spezifischen Interessen dieser Branche herunter und betonen ihren Machtverlust in der Krisenregion. Seit den siebziger Jahren sei keine der dortigen Produktionsanlagen mehr im Besitz von US-Gesellschaften, allerdings seien diese noch an einigen Raffinerien und petrochemischen Anlagen beteiligt. Die API-Informationsblätter weisen zwar auch darauf hin, daß die Saudi Arabian Oil Company 2.500 US-Bürger beschäftigt habe und sich von weiteren ca. 2.000 dort ansässigen Amerikanern, die bei US-Ölfirmen arbeiteten, beraten lasse.(22) Es wird aber nicht explizit erwähnt, daß es Aufgabe der amerikanischen Regierung sei, diese US-Bürger zu schützen - vielleicht deshalb, weil dies von Anfang an ohnehin das erklärte Ziel der Bush-Administration war, oder weil die Energielobby die Situation der Amerikaner in der Krisenregion nicht dramatisieren wollte.

Das Interesse der Ölgesellschaften dürfte gewesen sein, daß Saudi-Arabien mit seinen reichen Ölvorkommen gegen einen möglichen Angriff des Irak angemessen verteidigt werden konnte. Dies war offensichtlich bereits vor der Aufstockung der amerikanischen Streitkräfte gegeben. Solange dieser Schutz gewährt war, konnte die amerikanische Ölindustrie kein Interesse am Einsatz militärischer Gewalt haben. Denn die Golf-Krise erwies sich für die gesamte Branche als äußerst profitträchtig. Wie sehr sich das American Petroleum Institute auch bemühte, die Gewinne der Ölgesellschaften im vierten Quartal 1990 gegenüber den letzten drei Monaten des Vorjahres und im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen herunterzuspielen: es ließ sich nun einmal nicht verbergen, daß die Ölbranche einen "stärkeren Zuwachs" des Profites erwarten konnte.(23) Selbst wenn die amerikanischen Ölimporte aus jener Region teilweise unterbrochen würden, reiche die Strategische Ölreserve der USA für "viele Monate" aus. Diese auf Beruhigung abzielende Argumentation läßt sich durchaus als indirektes Plädoyer für ein verlängertes UN-Embargo deuten.

Die amerikanische Ölindustrie nutzte die Krisensituation auch aus, um "Innenpolitik" zu betreiben. Mit dem Hinweis auf die hohe und noch steigende Abhängigkeit der USA von ausländischem Öl (1973: 36 %; 1990: ca. 50 %; 2000: vielleicht rund 66 %) drängte die Lobbyorganisation API, die Ölreserven im eigenen Land verstärkt auszu-

beuten. Wohl nicht zufällig nutzten mehrere große Ölgesellschaften die Gunst der Stunde und kündigten ab September 1990 entsprechende Aktivitäten und Investitionen im Golf von Mexico, in Alaska und in Texas an. Nach der von einem Exxon-Frachter vor der Küste von Alaska verursachten Umweltkatastrophe war der Widerstand gegen die Nutzung neuer Ölquellen merklich gestiegen. Den galt es, gerade im Hinblick auf die größten Ölquellen in Alaska und vor der Küste dieses Bundesstaates, zu brechen.(24)

7. Die Befürworter nicht-militärischer Maßnahmen

Das Ende des Kalten Krieges brachte nicht nur für die Militärs und die Rüstungsindustrie Schwierigkeiten, sondern auch für die Organisationen und Gruppen, die für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung lobbyieren. Da der Frieden auszubrechen schien, blieben vielfach die Gelder aus der Bevölkerung aus. Viele von ihnen lösten sich noch vor Ende der Reagan-Ära auf oder suchten sich neue inhaltliche Schwerpunkte. Die Krise und der Krieg am Golf waren für sie das Thema, dem sie sich ab Sommer 1990 zunehmend widmeten. Neben den protestantischen Kirchen bildeten die Lobbygruppen die Hauptzentren der Aktivitäten gegen die Versuche der Bush-Administration, die Krise mit militärischen Mitteln zu lösen.

Am äußersten linken Rand des politischen Spektrums befinden sich die pazifistisch orientierten Gruppen: die traditionellen Friedenskirchen mit ihrer Lobby (vor allem die Quäker in Form des American Friends Service Committee/Friends Committee on National Legislation), Pax Christi USA sowie Gruppen, die Steuern verweigern oder für die Umstellung der Rüstung auf zivile Produktion plädieren. Zu den politisch gemäßigeren, traditionell liberalen rüstungskritischen Organisationen und Instituten gehören der Council for a Livable World, SANE/freeze, das Defense Budget Project, Jobs with Peace Campaign sowie das Center for Defense Information. Hinzukommen Umweltschutzorganisationen (z. B. Greenpeace) und die aktiven Frauengruppen (Women strike for Peace; Women's International League for Peace and Freedom).(25)

Aus der Vielzahl der Kirchen, die sich gegen einen militärischen Kurs der US-Regierung wandten, ragen die Aktivitäten und Erklärungen des National Council of Churches (NCC) heraus. Er umfaßt 32 protestantische, orthodoxe und anglikanische Kirchen und repräsentiert 42 Mio. Christen in den USA. Das Problembewußtsein des NCC für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung geht bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre zurück. Während der ersten Amtszeit Reagans nahm er im Kontext der damaligen Friedens- und Rüstungsstopp-Bewegung zeitweilig eine Schrittmacherfunktion ein. Unter den Einzelkirchen wiederum war - wie schon zu Beginn der achtziger Jahre - die äußerst gut organisierte und technisch ausgestattete United Church of Christ besonders aktiv. Das gilt in ähnlicher Weise für die traditionellen Friedenskirchen (neben den Quäkern, die Mennoniten und die Brüderkirche) sowie für die Churches for Middle East Peace. Sie umfaßt 14 Kirchen verschiedener Konfessionen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Sie hatten sich 1984 zusammengeschlossen, um die US-Politik im Sinne eines gerechten Friedens zu beeinflussen, von dem das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser als unverzichtbarer Teil betrachtet wurde.(26)

Der gemeinsame politische Nenner praktisch all dieser Organisationen und Kirchen war, daß sich der Irak aus Kuwait zurückziehen müsse, daß er dazu gegebenenfalls aber ausschließlich mit nicht-militärischen Mitteln gezwungen werden solle. Die US-Truppen am Golf sollten lediglich Schutzfunktion haben; die mit der Aufstockung der Streitkräfte verbundene offensive Kapazität gegenüber dem Irak lehnten diese Gruppen und Kirchen ab. Nachdem die Bombardements der Alliierten begonnen hatten, forderten sie einen sofortigen Waffenstillstand und eine defensive multinationale "Peacekeeping Force" unter der Leitung der UNO; sie sollte die amerikanischen Streitkräfte ersetzen.

Selbst die Befürworter einer nicht-militärischen Option waren dagegen, daß der Irak seinen Rückzug aus Kuwait von der Lösung israelisch-palästinensischer Fragen abhängig machte. Dennoch forderten sie ausnahmslos, diese Probleme dringend im Rahmen einer Friedenskonferenz zu behandeln. Dabei bestanden sie auf dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Konsens war auch, daß die Existenz und Sicherheit Israels garantiert sein müsse. Israel hatte aber Kompromisse einzugehen. Es sollte die Westbank und den Gaza-Streifen abtreten; sie boten sich als Territorium für einen eigenständigen Palästinenserstaat an. Kritisiert wurden auch vielfach die amerikanische Nahostpolitik und ihre "doppelte Moral" gegenüber den Palästinensern und deren Forderungen. Diese beiden zuletzt genannten Punkte waren es, die unter den jüdischen Interessenorganisationen in den USA auf Kritik gestoßen waren.(27)

Was in diesem spezifischen Forderungsprofil zum Ausdruck kam, war das außenpolitische "Weltbild" der (links)liberalen Neoisolationisten. Die Vereinigten Staaten sollten aus ihrer Sicht nicht die Rolle des Weltsheriffs übernehmen, sondern sich vor allem der Menschenrechtsverletzungen und der Probleme der Dritten Welt annehmen, und zwar mit diplomatischen und (wirtschafts)politischen Mitteln. Das war eine Absage an das Konzept einer Pax Americana, die die "Neue Weltordnung" mit den Mitteln des Kalten Krieges durchsetzen wollte. Mit diesem non-interventionistischen Isolationismus und dem "sozialen Internationalismus" (Lothar Brock) verband sich die binnenorientierte Forderung aller Gruppen und Kirchen, daß sich die US-Regierung ernsthaft den unübersehbaren sozialen und wirtschaftlichen Problemen im eigenen Lande zuwenden solle.

8. Der Kongreß

Daß die Invasion des Irak in Kuwait zum ersten Testfall nach dem Ende des Kalten Krieges für die Durchsetzung der unterschiedlichen außenpolitischen Konzepte wurde, zeigte auch die Debatte im amerikanischen Kongreß. Explizit hatte sich so der einflußreiche Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Repräsentantenhaus, Aspin, geäußert. Vor allem die Befürworter von Präsident Bushs Politik betonten vielfach, der sich auflösende Ost-West-Konflikt habe es erst ermöglicht, daß die "ganze Welt", einschließlich die Sowjetunion, dem Irak entschlossen gegenüberstehe. In diesen Haupttenor mischt sich aber auch von konservativer Seite Kritik an oder Skepsis gegenüber der UdSSR. Sie werden aber ebenfalls für den baldigen Einsatz militärischer Gewalt herangezogen: sei es, daß der Sowjetunion von Beginn der Golf-Krise an ein "doppeltes Spiel"(28) unterstellt wird (hier setzt sich das Kalte-Kriegs-Denken etwa des ultrakonservativen Senators Wallop ungebrochen fort); sei es, daß Gorbatschow auf Druck der Militärs nachgeben könnte und damit die vielbeschworene Einheit gegen Saddam Hussein gefährdet.(29)

Angesichts dieser spezifischen Situation bleibt den USA nach ihrem Sieg im Kalten Krieg - und das ist der zweite Haupttenor der Befürworter von Bushs Politik - nichts anderes übrig, als eine Supermachtsrolle einzunehmen, sei es wider Willen (Senator Lugar), sei es, daß sie diese Funktion "natürlich" (Rep. Lagomarsino) oder selbstherrlich (Senator Dole) übernehmen.(30) Genau diese Rolle kritisieren die Befürworter einer Sanktionspolitik als "John Wayne-Syndrom" (Senator Pryor). Auch sie weisen auf den einigenden Effekt des sich auflösenden Ost-West-Konflikts hin (Senator Murkowski),(31) in ihrer Argumentation aber bezogen auf die wirksame Durchführung der Embargopolitik (wobei vor allem liberale Sanktionsbefürworter den Einsatz des sowjetischen Militärs im Baltikum geißelten).(32) Die wirtschaftlichen Maßnahmen ausreizen und nicht die Mittel aus der Zeit des Kalten Krieges anwenden - so lautet für viele Befürworter der UN-Sanktionen die angemessene Strategie zur Bewältigung der Krise am Golf (repräsentativ Senator Moynihan).(33)

Damit ist der weite Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen die spezifischen Argumentationsmuster und das Verhalten des Kongresses in der Krise und während des Krieges am Golf gesehen werden müssen. Über Monate spielte die Legislative hier keine wichtige Rolle. Sie verhielt sich lange Zeit im wesentlichen reaktiv.(34) Das war im Interesse der zentralen Entscheidungsträger in der Exekutive, die weitgehend erfolgreich versuchten, die beiden Kammern des Kongresses möglichst lange aus den Entscheidungsprozessen herauszuhalten und sie selbst bei wichtigen Beschlüssen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Anfangs hatte die Administration es hier einfach. Als sich der Überfall des Irak auf Kuwait ereignete, waren die Parlamentarier gerade in die Ferien gegangen; der Präsident konsultierte, bevor er den ersten Stationierungsbeschluß traf, die Führung von Repräsentantenhaus und Senat nur kurz. Später informierte er eine größere Gruppe von Kongreßmitgliedern, die während der Ferien in die Hauptstadt zurückgekommen waren. Als die Legislative Anfang September wieder zusammentraf, ging es um Budgetfragen und nicht um den Irak. Die nichtbindenden Resolutionen beider Häuser von Anfang Oktober - also erst zwei Monate nach der Invasion - unterstützten und bekräftigten die Politik des Präsidenten weitgehend; zu militärischen Aktionen äußerten sie sich wohl vor allem deshalb nicht, um sich nicht zu früh politische festzulegen.

Der Kongreß wurde aktiver, nachdem die Parlamentarier Anfang November von der Aufstockung der US-Truppen erfahren hatten. Der Präsident hatte die Legislative nicht konsultiert, sondern sie lediglich über die Entscheidung informiert. Jetzt wurden auch die Konfliktlinien im neugewählten Kongreß erstmals sichtbar, sie verliefen im großen und ganzen entlang der Parteigrenzen. Das Ziel der Bush-Politik - daß der Irak das überfallene Kuwait verlassen müsse - war nicht umstritten; kontrovers war hingegen, ob es mit oder ohne militärische Gewalt erreicht werden sollte und könnte. Dabei waren die meisten Kritiker nicht einmal grundsätzlich gegen die militärische Option. Sie hielten sie im Prinzip für gerechtfertigt, fanden aber, daß der von der Administration ins Auge gefaßte Zeitpunkt zu früh sei. Sie wollten, daß man zuvor der Embargopolitik eine faire und ausreichende Chance gebe; viele von ihnen bezweifelten zudem, ob die Befreiung Kuwaits "im vitalen Interesse" der USA liege.(35)

Die Kritiker fürchteten vor allem, daß die von der Exekutive Ende Oktober beschlossene Aufstockung der US-Truppen am Golf eine "use it or lose it"-Position schaffe. Hinter der Kritik stand die Hauptlehre der Demokraten aus dem Vietnamkrieg und die Verarbeitung des Vietnam-Taumas: Sich nicht ohne Not unter Zugzwang zu setzen sowie eine undurchdachte und unübersehbare Initiative zu beginnen, die zu einem langwierigen Krieg führe, der vielen Soldaten das Leben kosten und den langfristigen Interessen der USA in jener Region auch nach einem militärischen Sieg schaden könnte. Im konservativen Lager hingegen gab es Parlamentarier, denen die Ziele des Präsidenten nicht weit genug gingen. Für sie hatten Sicherheit und Stabilität erst dann eine Chance, nachdem die Militärmaschinerie des Irak zerstört und/oder der Diktator entmachtet worden war. Dieses Ziel verfochten auch liberale Demokraten (wie z. B. der Abgeordnete Solarz), die in ihrem Wahlkreis oder Bundesstaat eine starke jüdische Wählergemeinschaft haben.

Trotz aller inhaltlichen Differenzen waren sich die Parlamentarier im gesamten politischen Spektrum gegenüber der Exekutive in einem Punkt einig: Bei der Frage über den

Einsatz von Gewalt müsse der Präsident vorher die Ermächtigung des Kongresses einholen. 137 Demokratische Abgeordnete forderten Bush hierzu auf, 54 Parlamentarier hatten zuvor - erfolglos - versucht, den Präsidenten gerichtlich dazu zu zwingen, die Legislative vorher zu konsultieren. Genau das versuchte die Administration so lange wie möglich hinaus zu schieben, um eine kontroverse und sich möglicherweise lang hinziehende Debatte zu vermeiden, die die tiefe Gespaltenheit der Öffentlichkeit gezeigt und möglicherweise die Position der Exekutive gegen den Irak unterminiert hätte.

Der Präsident holte sich zwar eine Ermächtigung, aber zunächst nicht von der Legislative, sondern von den Vereinten Nationen, um eine militärische Option international abzusichern und zu legitimieren. Einen Tag nach der verabschiedeten UN-Resolution 678, am 30. November, signalisierte Bush überraschend Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Irak. Sie galt jedoch nicht Bagdad, sondern sollte die wieder einmal nicht konsultierten und vor vollendete Tatsachen gestellten Parlamentarier besänftigen, gleichzeitig aber auch hinter die Politik der Regierung bringen und Saddam Hussein ein klares Signal der politischen Geschlossenheit geben.

Das anvisierte UN-Ultimatum vom 15. Januar ließ das Gesetz des Handelns nicht nur gegenüber dem Irak, sondern auch gegenüber dem Kongreß bei der Exekutive. Bush konnte innenpolitisch jetzt, wo er praktisch die ganze Welt hinter sich wußte, von einer Position der Stärke aus gegen die kritischen Parlamentarier agieren. Die Legislative verhielt sich weiterhin im wesentlichen reaktiv, obwohl sie mehr Profil gewann, wie die vor allem von Senator Nunn initiierten und geleiteten Anhörungen vor dem Verteidigungsausschuß des Senats zeigten (sie stellten insofern ein Stück Gegenöffentlichkeit her, als die geladenen Experten, Meinungsführer und früheren hohen Militärs fast ausnahmslos für eine verlängerte Embargopolitik plädierten).(36)

Erst am 8. Januar 1991 ersuchte Bush den Kongreß formal, die UN-Resolutionen und damit seine Politik zu unterstützen. Dem folgten beide Häuser am 12. Januar nach einer leidenschaftlich geführten Debatte. Die Entschließungen waren das praktische Äquivalent einer Kriegserklärung. Das Abstimmungsverhältnis zeigt, wie tief gespalten die Legislative war. Im Senat wurde die Resolution nur knapp, nämlich mit 52 : 47, im Repräsentantenhaus mit 250 : 183 verabschiedet. Bei den fünf ab 1812 passierten Kriegsermächtigungen des Kongresses war der Widerstand nie so groß gewesen wie jetzt, wo 42 % der Abgeordneten und 47 % der Senatoren gegen eine solche Bevollmächtigung waren.(37)

Wie in den Monaten zuvor verliefen die Trennungslinien im wesentlichen entlang der Parteizugehörigkeit. Die Republikaner standen weitgehend hinter Bushs Politik (nur zwei Republikanische Senatoren und drei Abgeordnete hatten gegen die Entschließungen

votiert), die Demokraten blieben überwiegend skeptisch bis kritisch (82 % von ihnen waren im Senat, 69 % im Haus gegen die "Kriegsermächtigungs-Resolutionen"). Nahezu geschlossen (10 von 12) stimmten die Abgeordneten des Congressional Black Caucus mit Nein; sie vertreten die Bevölkerungsgruppe, von der unverhältnismäßig viele Soldaten am Golf stationiert waren. Abgelehnt wurden die beiden eingebrachten Gegenentschlösungen, die an der ursprünglichen Politik der Administration festhielten, militärische Gewalt zu einem späteren Zeitpunkt aber nicht ausschlossen. Die Kritiker machten aber auch dies deutlich: Im Falle eines Krieges stünden sie "hinter der Flagge und hinter den Männern und Frauen, die dort unten sind und ihr Leben riskieren".(38)

So kam es auch, zumindest während des Krieges. Aber lange dauerte die Eintracht nicht. Es bildeten sich teilweise neue Koalitionen, als das Kurdenproblem sichtbar wurde. Nicht nur Demokraten, sondern auch eine Reihe von Parlamentariern der Republikanischen Partei kritisierten die zögernde Haltung Bushs und drängten ihn, die Kurden nicht Saddam Husseins Bombardements und Brutalitäten zu überlassen.

9. Die Golf-Politik der Bush-Administration

"Ein sehr gefährlicher, bis an die Zähne bewaffneter Diktator bedroht eine entscheidende Region in einem entscheidenden historischen Augenblick", so brachte Außenminister Baker die Gefahren auf den Punkt, der sich die USA nach der Invasion des Irak in Kuwait gegenübersehen und auf die sie reagieren mußten. Aus der Sicht der Bush-Administration ging es darum, einen unberechenbar gewordenen Aggressor einzudämmen, dessen ausgeprägte Hegemonieansprüche (Baker: "lust for power") unannehmbare regionale und globale Folgen haben würden: die militärische Gefährdung des eng befreundeten Staates Israel sowie die Kontrolle über die Verfügbarkeit und die Preispolitik des Öls - damit hätte der Diktator in Bagdad die Macht, die Weltwirtschaft durcheinanderzubringen und politische Instabilitäten zu schaffen. Zu den militärischen und energiepolitischen Aspekten kamen für die Administration weltordnungspolitische Dimensionen des Konflikts hinzu: Die irakische Invasion verletze die Regeln des internationalen Zusammenlebens nach dem Ende des Kalten Krieges; Aggressionen dürften nicht belohnt, sondern müßten rückgängig gemacht werden. Der brutale Einmarsch rufe die Vereinigten Staaten auf den Plan, nicht weil sie diese Rolle suchten, sondern weil niemand sonst diese Aufgabe übernehmen könnte.(39)

Das Ende des Kalten Krieges kann als Rahmenbedingung für die Golf-Politik der US-Regierung nicht hoch genug veranschlagt werden. Denn erst der sie auflösende Ost-West-Gegensatz ermöglichte es der Bush-Administration, auch die UdSSR in ihre unilateralen Initiativen erfolgreich miteinzubeziehen, die sie in ihrer multilateral angelegten Strategie im Rahmen der UNO startete. Die Sowjetunion verurteilte die Invasion des Irak und die Annexion Kuwaits, beschloß ein unilaterales Waffenembargo und forderte (zum Teil in gemeinsamen Erklärungen mit den USA) den Irak zum Rückzug aus Kuwait auf. Vor allem aber trug sie die entscheidenden UN-Resolutionen mit, insbesondere die Sanktionspolitik der UNO und die EntschlieÙung 678, nachdem sich Schewardnadse und Baker auf einen gemeinsamen Wortlaut (Einsatz aller erforderlichen Maßnahmen) geeinigt hatten (die Bush-Administration hatte ursprünglich auf der Formulierung "Einsatz von Gewalt" bestanden, was Schewardnadse im Hinblick auf die Assoziationen, die dies in der Sowjetunion wegen des Afghanistankrieges hervorrufen werde, abgelehnt hatte).(40)

Das gemeinsame Vorgehen von USA und UdSSR schloß nicht aus, daß es unterschiedliche Standpunkte gab und daß es zu Unstimmigkeiten und Spannungen kam. Die UdSSR hatte von Anfang an klar gemacht, daß sie sich nicht an Kampfhandlungen beteiligen werde. Die Sowjetunion war es, die eine Verzögerung der Frist bis zum 15. Januar durchsetzte, nachdem sie der UN-Resolution 678 zugestimmt hatte, und vor dem unmittelbaren Beginn des Bodenkrieges versuchte Gorbatschow zwischen Moskau und Bagdad

zu vermitteln - ohne jedoch aus der Anti-Irak-Koalition auszuscheren, in der die Supermacht USA den Ton angab.

Auch auf der operativen Ebene war das Ende des Kalten Krieges für die US-Strategie am Golf insofern äußerst wichtig, als die gut ausgerüsteten und gut trainierten Divisionen des VII. Korps von Europa aus in die Krisenregion geschickt wurden - nicht zuletzt wegen des zerfallenden Warschauer Paktes entstand auf dem Alten Kontinent kein Bedrohungsvakuum.

Buchstäblich über Nacht wurde aus dem befreundeten Irak, den die USA bis dahin als Gegengewicht zu Iran vor allem politisch und wirtschaftlich unterstützt hatten, ein Feindstaat.(41) Um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen, vollzog die Bush-Administration eine Kehrtwende in ihrer Irak-Politik und formulierte die folgenden Ziele: der sofortige, bedingungslose und vollständige Rückzug der irakischen Streitkräfte aus Kuwait; die Wiedereinsetzung der für sie legitimen kuwaitischen Regierung; die Sicherheit und Stabilität der Golfregion; der Schutz der dort ansässigen US-Bürger bzw. die Freilassung der amerikanischen Geiseln.(42)

Um diese Ziele durchzusetzen, stellte die Bush-Administration zum einen im Rahmen der UNO Führungsfähigkeit unter Beweis. Bereits am 4. August legte sie dem Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf vor, der weitreichende Sanktionen gegen das Regime in Bagdad vorsah. Zum anderen beschloß die US-Regierung nach intensiven diplomatischen Kontakten mit der saudischen Führung, ein beträchtliches Truppenkontingent am Golf zu stationieren - das größte Aufgebot nach dem Vietnamkrieg. Bis zur Wende in der amerikanischen Golfpolitik, Ende Oktober, hatten die Streitkräfte ausschließlich eine defensive Mission: den Irak von weiteren Aggressionen in der Region abzuschrecken; Saudi-Arabien bei einem Angriff zu schützen, falls die Abschreckung versagt; die Wirtschaftssanktionen der UNO durchzusetzen.

Die meisten wichtigen Politiker der Bush-Administration setzten in ihren öffentlichen Erklärungen zunächst auf das Embargo. Ob Sicherheitsberater Scowcroft, Außenminister Baker oder Verteidigungsminister Cheney: sie alle gaben sich anfangs optimistisch, was die enorme Wirkung des Embargos (90-95 %) auf die irakische Wirtschaft anbelangte und lobten die Einmütigkeit, mit der die Weltgemeinschaft die Sanktionen durchführte.(43)

Schon recht früh gab es jedoch Meinungsunterschiede über die Effizienz der UN-Maßnahmen. Der Optimismus der Verteidigungsministers hielt nicht lange an. Mitte Oktober gab Cheney zum ersten Mal auf die Frage, ob man gegebenenfalls Waffengewalt anwenden werde, zu bedenken: es sei klar, daß man "keine Optionen ausgeschlossen

habe". Außenminister Baker setzte in seinen öffentlichen Erklärungen zu dieser Zeit noch stärker auf die Wirtschaftssanktionen. Im Unterschied zu Cheney ging er davon aus, daß nicht nur die irakische Ökonomie, sondern auch die "Kriegsmaschinerie" getroffen werde. Vierzehn Tage später zog Baker nach, als er mit der von nun an stereotypen Redewendung militärische Gewalt nicht mehr ausschloß, falls der Irak Kuwait nicht verlasse. Der Präsident selbst hatte sich nahezu von Anfang an skeptisch zur Wirksamkeit der UN-Maßnahmen geäußert.(44)

Am 30. Oktober fällte Bush nach Konsultationen mit seinen wichtigsten Beratern und Ministern den zentralen Golf-Doppelbeschluß. Er änderte die bisher in der Öffentlichkeit vertretene amerikanische Politik grundsätzlich und bestimmte alle weiteren Aktionen der Administration maßgeblich: Die US-Streitkräfte sollten von damals 200.000 in wenigen Monaten fast verdoppelt, die Truppenkontingente nicht ausgewechselt werden. Damit erhielten die Streitkräfte eine offensive Kapazität gegenüber dem Irak. Das Pentagon legte dem Präsidenten einen Plan vor, der großangelegte Luftangriffe gegen das Zweistromland für Mitte Januar und einen Bodenkrieg für Ende Februar anvisierte. Aus taktischen Gründen gab Bush seine Entscheidung erst am 8. November - nach der Kongreßwahl - bekannt.(45)

Mit diesem Doppelbeschluß hatte sich die Präferenz der Mittel fundamental geändert. Die führenden Politiker argumentierten nun, "technisch" könnte das Embargo zwar wirken (nämlich die irakische Wirtschaft beeinträchtigen), "politisch" jedoch nicht. Dahinter verbarg sich eine Reihe von Faktoren, die auch - aber wohl nicht nur - mit dem erklärten UN-Ziel des angestrebten Rückzugs Saddam zu tun hatten. Die Administration befürchtete vor allem, die Anti-Irak-Koalition könnte zerbrechen, wenn das Embargo zu lange fortgesetzt würde.

Auch wenn zunächst der Schutz der Ölinteressen in den offiziellen Erklärungen im Vordergrund stand, gibt es Aussagen von Bush bzw. Cheney bereits vom 30. bzw. 10. August, die die beiden wichtigsten Ziele der amerikanischen Golfpolitik miteinander verklammern: nämlich sicherzustellen, daß sich der Diktator aus Kuwait zurückzieht, und die Lage in der Region so zu stabilisieren, daß "er niemals wieder versucht ist zu tun, was er gerade getan hat". Dieses Ziel erhielt ab der zweiten Oktoberhälfte in den offiziellen Verlautbarungen mehr und mehr Gewicht.

Gerade aber ein wirksames Embargo, das Saddam Hussein dazu zwingen würde, im Sinne der UN-Resolution Kuwait zu verlassen, löste den Zielkonflikt nicht, dem sich die Administration gegenüber sah. Was wäre für die Sicherheit und Stabilität in der Golfregion gewonnen, wenn der brutale Hegemon von Bagdad sein Militärpotential behalten und in absehbarer Zeit über Nuklearwaffen verfügen würde? Selbst nach einem Sturz

Saddam Husseins wären die Nachfolger ebenfalls im Besitz der gleichen militärischen Fähigkeiten und könnten damit die befreundeten Staaten der USA, allen voran Israel und Saudi-Arabien, weiterhin bedrohen. Deshalb war aus dieser Sicht das Embargo die falsche Strategie.

Wenn ein sich aus Kuwait zurückziehender Irak mit intaktem Militärpotential für die Bush-Administration nicht akzeptabel war (und daran ließen alle führenden Politiker in ihren Aussagen bald keinen Zweifel mehr) - welche Möglichkeiten gab es dann, Sicherheit und Stabilität in der Region herzustellen? Die zentralen Entscheidungsträger erwogen in der Öffentlichkeit zwei Optionen, von denen sie die eine höchst vage und ausweichend skizzierten, die zweite hingegen zuweilen konkreter und präziser erläuterten: Für eine sicherheitspolitische Lösung verwendeten Bush, Baker und Cheney in auffällender Weise nur Begriffshülsen wie Sicherheitsarrangements, Sicherheitsvorkehrungen ("safeguards") oder Garantien. Ohne sich genauer zu äußern, wies Baker auf die Notwendigkeit einer US-Präsenz hin, die gewährleisten müsse - und könne -, daß sich eine solche Aggression nicht noch einmal wiederhole, weder durch Saddam Hussein noch durch seinen Nachfolger. Man werde dem Irak nicht erlauben, "seine Nachbarn zu terrorisieren".(46)

Die zweite, die militärische Option erwog Baker ebenfalls. Gefragt, ob er dem Irak zusichern könne, nicht bombardiert zu werden, wenn er sich aus Kuwait zurückziehe, antwortete der Außenminister in "Meet the Press" Anfang Dezember 1990, daß es in einem solchen Falle lediglich eine "gewisse Versicherung" ("some assurance") gebe. Eindeutig hingegen äußerte sich Vize-Präsident Quayle zum gleichen Zeitpunkt. Auf die Frage, ob die USA die Atomanlagen des Irak zerbomben würden, entgegnete er, daß er keine Option ausschließe.(47)

Im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen der ersten Wochen kalkulierte die US-Regierung "von Anfang an" (Baker) die Anwendung militärischer Gewalt für den Fall ein, daß sich die Ziele der US-Golfpolitik nicht friedlich erreichen ließen. Generalstabschef Powell hatte bereits am 8. August keinen Zweifel daran gelassen: Bei den defensiven Aufgaben, die den US-Streitkräften zugewiesen seien, handele es sich um die "derzeitigen" und "anfänglichen" Missionen. Der Verzicht auf die Rotation war das klarste Signal, daß "die Würfel gefallen waren" (Senator Nunn), nämlich zugunsten der militärischen Option.(48) Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die US-Regierung die Sanktionspolitik selbst ernst genommen hat. Möglicherweise hielt sie sie nur so lange für gut, bis die Truppenstationierung abgeschlossen war.

Mit dem Golf-Doppelbeschluß wollte die Administration auch die Ernsthaftigkeit der Alliierten unterstreichen, Saddam Hussein notfalls mit Gewalt aus Kuwait zu vertreiben.

Das gleiche Signal versprach sich die Bush-Regierung von der UN-Resolution 678, die ihr die entsprechenden Vollmachten erteilte. Begleitet wurde diese Politik von einer kompromißlosen Haltung der USA gegenüber dem Irak. Dadurch verstärkte sie den Druck auf Saddam, verringerte aber auch dessen Handlungsspielraum. Gerade darin bestand ja für die Exekutive die Überlegenheit der militärischen Option gegenüber der nur auf dem Prinzip Hoffnung basierenden Embargostrategie: Während man sich mit dieser in Saddam Husseins Hände begeben, so Generalstabschef Powell, behalte man mit jener die Initiative, weil sie auf einen Sieg abziele.⁽⁴⁹⁾ Die Bush-Administration konnte sich bis zum Schluß jedoch nicht völlig sicher sein, daß sich die Iraker nicht doch rechtzeitig bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückzogen. Dann hätte sie das Ziel der Sicherheit und Stabilität am Golf anders lösen müssen.

Nach dem ergebnislos verlaufenden Treffen zwischen Baker und Asis am 9. Januar 1991 standen die Zeichen auf Krieg. Die umfangreichen Bombardierungen zerstörten die Militärmaschinerie des Irak beträchtlich und schafften aus der Sicht der Allianz die Voraussetzungen dafür, daß Sicherheit und Stabilität in der Golfregion wiederhergestellt werden konnten. Mit der nach Plan einsetzenden Bodenoffensive wurden die Iraker aus Kuwait vertrieben. Dadurch, daß Saddam Hussein der UN-Resolution nicht nachkam, konnte die Bush-Administration ihr Doppelziel gleichzeitig anvisieren. Das "Alptraum-Szenario" der alliierten Militärs und zentralen Entscheidungsträger der Bush-Administration erfüllte sich nicht: Saddam Hussein nahm den Politikern die Entscheidung ab, die das militärische Drohpotential auch dann zerbomben wollten, wenn der Irak eingelenkt hätte.

10. Einschätzung der US-Politik

Gespaltene Öffentlichkeit, polarisierte gesellschaftliche Gruppen - diese Situation konnte die Administration für ihre Politik nutzen. Denn zum ambivalenten Einstellungsmuster der amerikanischen Bevölkerung gehört, daß sie vor allem in Krisenzeiten einen starken Präsidenten will, der seine Politik (auch wenn man sie nicht teilt) ohne Zickzackkurs konsequent durchführt. Und genau das tat die US-Regierung.

Ein Mandat der amerikanischen Öffentlichkeit mußte die Exekutive besonders ernst nehmen: daß es kein zweites Vietnam geben dürfe. Diese Forderung hat die Pläne der Administration für den Kriegsfall am stärksten mitbestimmt. Sie erklärt das massive Aufgebot sowie die Strategie, die Bombardements möglichst lange auszudehnen und mit dem Bodenkrieg entsprechend spät zu beginnen, um auf diese Weise die Verluste bei den US-Soldaten äußerst gering zu halten. Der Präsident hatte seiner Bevölkerung versprochen, daß es kein zweites Vietnam geben werde (dieses eindeutige Mandat erklärt das zögerliche Verhalten der Exekutive in der Kurdenfrage mit). Für die meisten Amerikaner hat Bush dieses Versprechen gehalten. Entsprechend hoch war der Prozentsatz derjenigen (80 % und mehr), die während des Krieges und danach hinter ihm standen und ihn als obersten Befehlshaber positiv beurteilten. (50)

Das inneramerikanische Kräfteprofil gab der Regierung ebenfalls Handlungsspielraum. Die Administration hätte ihn nicht zugunsten der militärischen Option nutzen müssen, auch eine Verlängerung des UN-Embargos wäre innergesellschaftlich abgedeckt gewesen. Von den relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen entsprach die Politik der Exekutive am ehesten den zentralen Forderungen der (pro)jüdischen Lobbygruppen. Korrelation muß auch in diesem Fall jedoch nicht Kausalität bedeuten. Während die Datenlage im Hinblick auf die Administration gegenwärtig unzureichend ist, läßt sich für die Legislative bereits jetzt schon sagen: Von den 50 jüdischen Kongreßmitgliedern waren 25 dafür, die Sanktionen fortzusetzen, 25 votierten für die militärische Option. Das einheitliche Anforderungsprofil der jüdischen Interessengruppen bricht sich also im Kongreß eindeutig.

Die spezifischen Interessen der Ölindustrie, die von einer sich länger hinziehenden Krise zunehmend profitiert hätte, berücksichtigte die Exekutive jedoch nicht. Im Gegenteil. Ihre Strategie eines frühen Einsatzes militärischer Gewalt zielte wohl gerade darauf ab, den Zustand der konjunkturell schwachen Wirtschaft durch Ölpreiserhöhungen nicht noch mehr zu verschlechtern. Ein erfolgreicher Krieg - auch das mag im Kalkül der US-Regierung eine Rolle gespielt haben - bot zudem die Chance, die wirtschaftliche Talfahrt abzubremsen, aufzuhalten oder gar umzukehren. Dies setzte einen schnellen, entscheidenden Sieg voraus. Er mußte bewirken, daß die amerikanische Bevölkerung wieder

Vertrauen in die ökonomische Kraft der USA faßte. Selbst wenn dieses Kalkül nicht aufging, hätte man Saddam für die Rezession verantwortlich machen können, wie das "Wall Street Journal" ungeschminkt schrieb.(51)

Ein weiterer wichtiger Schlüssel zum Verständnis der offiziellen US-Politik sind das Ende des Kalten Krieges und die damit verbundenen Folgen. Die "Siegstrategie" der Exekutive kann als Versuch gedeutet werden, die für die Rüstungsindustrie spezifische Rezession abzumildern und die militärische Intervention wieder zu einem festen Bestandteil amerikanischer Außenpolitik zu machen. Angesichts der schwindenden "sowjetischen Gefahr" läßt sich das Sicherheitsestablishment, wenn überhaupt, nur auf diese Weise konsolidieren, läßt sich die amerikanische Weltmachtrolle angesichts der fundamental veränderten internationalen Rahmenbedingungen nur so neu begründen.

Damit wären auch die Militärs, die einen enormen Prestigezuwachs verzeichnen konnten, und ihre (zivilen) Verbündeten in der Bürokratie vorerst abgesichert. Zumindest kurzfristig scheint die durch den sich auflösenden Ost-West-Konflikt verstärkte Legitimationskrise der Institution Militär behoben zu sein (möglicherweise vor allem für das Heer, das nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa keine glaubwürdige Aufgabe mehr hatte). Militärische Gewalt als Mittel der Politik dürfte die US-Bevölkerung mehrheitlich für bestimmte, klar definierte Fälle stärker akzeptieren. Die Militärs hatten den Auftrag, einen Krieg mit möglichst geringen Verlusten auf der eigenen Seite durchzuführen, sie haben dieses Ergebnis erreicht. Dadurch hat sich ihre Glaubwürdigkeit in der US-Öffentlichkeit merklich erhöht.(52) Das Vietnam-Trauma dürfte auf absehbare Zeit verringert, auf lange Sicht aber nicht überwunden sein (dabei spielen im amerikanischen Meinungsbild die enorm hohen Opfer auf irakischer Seite praktisch keine Rolle, wie vor allem die im Juni 1991 landesweit durchgeführten Siegesparaden unmißverständlich zeigen).

Die äußerst schwierige Situation der Militärs dürfte mit erklären, warum mancher ihrer Vertreter und die zivile Spitze des Pentagon eine weitaus größere Risikobereitschaft als ihre Vorgänger an den Tag legten, die Golf-Krise mit Gewalt zu lösen. Hier gilt es aber, in einem wichtigen Punkt zu differenzieren. Wie aus Woodward's Reportage hervorgeht, war Generalstabschef Powell dafür, die Sanktionspolitik fortzusetzen. Überhaupt herrschte bei den obersten Soldaten Zurückhaltung gegenüber einer militärischen Lösung vor.

Verteidigungsminister Cheney hingegen plädierte bei jenem entscheidenden Treffen am 30. Oktober 1990 für eine offensive Kapazität gegen den Irak, nachdem Powell die entsprechenden Berechnungen Schwarzkopfs in dem kleinen Beraterkreis dargelegt hatte. Anders als der zurückhaltende, inzwischen isolierte, Powell war Cheney nun überzeugt,

daß eine derartige Offensivkapazität den Erfolg der USA garantieren würde, wenn es zu Kampfhandlungen käme. Deshalb empfahl er - ähnlich wie Sicherheitsberater Scowcroft, den man wohl als engagiertesten Befürworter einer militärischen Lösung einschätzen muß, - die Aufstockung des US-Truppenpotentials. Bush, ohnehin der Hauptakteur, schien sowieso zu dieser Lösung zu neigen, und von Baker wird berichtet, daß er während des Treffens seine Zurückhaltung gegenüber einer Offensivfähigkeit der USA aufgab. Insgesamt also ergibt sich auch beim Golf-Krieg das traditionelle Muster bezüglich des Einsatzes von Gewalt: die vorsichtigen, risikobewußten Militärs einerseits und die vorpreschenden Zivilisten andererseits.(53)

Das Ja der Regierung Bush zum frühen Einsatz militärischer Gewalt war ein Nein zu den außenpolitischen Konzepten und innergesellschaftlichen Prioritäten jener Organisationen und Institutionen, die nach dem Ende des Kalten Krieges andere Akzente setzen wollten, sowohl international als auch im eigenen Lande. Bushs militärischer Sieg im Golf-Krieg stellt - zumindest derzeit - auch einen politischen Sieg über die Liberalen, Neoisolationisten sowie über die Demokraten im Kongreß dar, die überwiegend gegen die militärische Option gestimmt hatten (die Demokratische Partei steht gegenwärtig als defätistische Friedenspartei da).

An die Bush-Administration gab es nicht nur "von innen", sondern auch "von außen" eindeutige wie widersprüchliche Erwartungen und Forderungen - und zwar nicht nur von Israel (das immer an erster Stelle genannt wird), sondern auch von arabischen Staaten (z. B. von Ägypten) und europäischen Regierungen (hier insbesondere von der damaligen Premierministerin Thatcher). Obwohl man über Israels Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß angesichts der Datenlage nur Vermutungen anstellen kann, gab es in Zeitungsberichten Hinweise darauf, daß sich die Regierung in Tel Aviv in einer relativ schwachen Position befunden hat: So hätte Israel für einen selbständigen Angriff die elektronischen Codes von den USA bekommen müssen, um zwischen den feindlichen irakischen und amerikanischen Flugzeugen entscheiden zu können.(54)

Unabhängig davon, wie man die Politik der Administration inhaltlich beurteilt, besteht ihre Leistung darin: Den auf einen kleinen Kreis beschränkten Entscheidungsträgern gelang es zum einen, an der eigenen Bürokratie und weitgehend am Kongreß vorbei eine recht konsistente politische Linie zu entwerfen und durchzuführen - eine Aufgabe, die in einem zersplitterten, auf Aushandeln und Kompromiß zugeschnittenen Entscheidungssystem der USA allenfalls in Krisenzeiten möglich ist. Zum anderen koordinierte die US-Exekutive mit Geschick die internationalen Anforderungen, erfolgreich entwickelte sie eigene Konzepte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, daß eine äußerst kleine Entscheidungselite innerhalb des polarisiert-ambivalenten Anforderungsprofils in den USA die Initiativen ergriff, läßt sich die politische Strategie der Bush-

Administration eher im Sinne eines "Primats der Außenpolitik" denn eines Vorrangs der Innenpolitik deuten. Krisen und "heiße Kriege" scheinen die bisherige Regel, daß sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im "Normalfall" hauptsächlich innergesellschaftlich bestimmt werden, außer Kraft zu setzen oder gar umzukehren.

Die US-Politik hat eine Reihe positiver innen- und außenpolitischer Folgen für die Vereinigten Staaten. Der eigenen Bevölkerung gab die Bush-Administration das (Selbstwert-)Gefühl, in der Welt wieder die "Nummer Eins" zu sein. Im politischen System nimmt die Exekutive gegenwärtig genau diesen Rang gegenüber der Legislative ein, die sich während des Krieges zaudernd verhalten hatte. In der Staatengemeinschaft hat die US-Regierung das Prestige der Vereinigten Staaten erhöht. Sie hat im Golf-Konflikt Führungsfähigkeiten gezeigt. Im UN-Sicherheitsrat schmiedete sie einen Konsens, der den Einsatz der ganzen Bandbreite diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Mittel betraf (diese Politik trug Bush die Kritik der Konservativen ein, die einen Alleingang der USA außerhalb der Vereinten Nationen befürworteten). Die Exekutive hat es vermocht, ihre unilateralen Initiativen und ihre Strategie, Macht und Recht zu verknüpfen und damit effizient durchzusetzen, multilateral abzusichern. Dies erwies sich als äußerst geschicktes Vorgehen, das die Gegner in den USA, vor allem im Kongreß, isolierte und, wie die Umfragen deutlich zeigen, die Position der Regierung in der Öffentlichkeit legitimierte und stärkte. Ohne den Rückhalt der UNO hätten sich möglicherweise die Sanktionsbefürworter durchsetzen können. In politisch-operativer Hinsicht ist es zudem der US-Regierung gelungen, eine schwierige und vielschichtige Koalition gegen den Irak zusammenzuhalten, um die Beschlüsse der UNO durchzuführen.

Die USA verwiesen die UdSSR wie bei der Beendigung des Kalten Krieges erneut auf den zweiten Rang, als sich die US-Regierung nicht auf die Vermittlungsversuche Gorbatschows gegen Ende des Konflikts einließ. Ferner ist es der Bush-Administration gelungen, die Sowjetunion innerhalb des UN-Konsenses zu halten. Den europäischen Verbündeten - den stürmisch engagierten, den eigenwilligen und den ängstlichen - haben die Vereinigten Staaten ihren Anspruch, "Nummer Eins" sein zu wollen, demonstriert: Die amerikanischen Technologien stellten sich als überlegen heraus, die amerikanische Entschlossenheit, für eine "gute und gerechte Sache" zu kämpfen, blieb unbeirrt - auch wenn ein solches Engagement mit finanziellen Belastungen verbunden war und sogar erhebliche Opfer auf der eigenen Seite einkalkuliert werden mußten. Vielleicht haben die USA ein Hauptziel auf absehbare Zeit erreicht: die Abschreckung ambitionierter Regionalmächte, die gegen US-Interessen verstoßen (und durch die flagrante Verletzung des Völkerrechts eine zusätzliche Handhabe bieten, mit Gewalt gegen sie vorzugehen).

11. Perspektiven des Sieges

So unbestreitbar der militärische "Erfolg" der Vereinigten Staaten im Golf-Krieg einerseits war, so sehr stellen sich andererseits drei Fragen: Ob die innenpolitisch motivierten Kalküle der Administration Bush aufgehen, ob sie ihre außenpolitischen Ziele erreicht hat und ob sie ihren Sieg auch perspektivisch umzusetzen vermag.

Der innergesellschaftliche Aspekt läßt sich im Hinblick auf wichtige Akteure wie die Rüstungsindustrie und die Militärs so konkretisieren: Gelingt es der Administration, den tiefgreifenden Strukturwandel auf absehbare Zeit erträglich zu gestalten? Die Rüstungswirtschaft dürfte kurzfristig von verstärkten Waffenexporten vor allem in den Nahen und Mittleren Osten profitieren. Aber sie sind kein Ersatz für die nach dem Ende des Kalten Krieges geringer gewordene inländische Nachfrage, über die sich auch die Rüstungsbranche keine Illusionen macht. Denn abgesehen davon, daß die Ausfuhr der Vernichtungsmittel nur etwa 10 % des gesamten Auftragsvolumens der amerikanischen Rüstungsindustrie ausmacht, sehen sich die US-Waffenhersteller einem verschärften internationalen Wettbewerb gegenüber, und zwar sowohl in Europa als auch in der Dritten Welt. Der sich auflösende Ost-West-Konflikt wirkt sich nicht nur auf die USA, sondern weltweit aus - die Nachfrage nach Rüstungsgütern ist allgemein gesunken. Gerade der Golf-Krieg hat zudem gezeigt, wie problematisch gelieferte Waffen, die die eigenen Truppen bedrohen und angreifen können, sind. Auch mit außenpolitischen Zielen wie dem Versuch, die Weiterverbreitung vor allem von Massenvernichtungsmitteln einzudämmen, ist die verstärkte Ausfuhr von Waffen und Rüstungstechnologien nicht vereinbar.(55)

Der Abwärtstrend für Militärbudget und Rüstungsaufträge kann durch den Golf-Krieg allenfalls abgefedert und verlangsamt, nicht jedoch aufgehalten werden. Der neueste Haushalt der Administration von Anfang des Jahres spricht hier die deutlichste Sprache. Die Planung des Pentagon (die bis Anfang Juli, soweit ersichtlich, noch nicht in die Tat umgesetzt wurde) ging davon aus, den Verteidigungshaushalt bis 1995 um ein Viertel zu senken. Für den einstigen Gegner UdSSR läßt sich keine gleichwertige Ersatzbedrohung finden, auch wenn die USA ihre Militärstrategie nach dem Ende des Kalten Krieges verstärkt auf Konflikte mittlerer Intensität (vergleichbar dem Konflikt am Golf) umstellen. Unübersehbar ist ferner, daß das Pentagon eine Reihe von Waffen nicht mehr weiterbaut, die den Golf-Krieg mit gewinnen halfen.

Die Soldaten sind in einer ähnlichen Situation wie die Rüstungsindustrie. Wenn sich der Ost-West-Konflikt weiterhin auflöst, dürfte sich die durch den Golf-Krieg abgebremste Entwertung der Institution Militär auch in den USA nicht aufhalten lassen. Die neuesten Pentagon-Planungen reflektieren diesen Prozeß insofern, als sie eine zahlenmäßige Ver-

ringerung der aktiven US-Soldatinnen und Soldaten von 2 Mio. auf 1,65 Mio. anstreben.

Falls ökonomische Kalküle die Pro-Gewalt-Politik der Regierung Bush mitbestimmt haben sollten, um die inneramerikanische Position der Exekutive zu verbessern: der US-Sieg im Golf-Krieg hat bislang noch nicht zu einer Konjunkturwende geführt. Notenbankchef Alan Greenspan warnte Ende März vor einer "trügerischen Morgendämmerung", die amerikanische Ökonomie sei noch nicht an ihrem Tiefpunkt angelangt. Die Wirtschaftsdaten waren über Monate schlecht. Erst im Juni zeichneten sich günstigere Aussichten für eine bessere Konjunktur ab. Als maßgeblicher Wachstumsfaktor wird aber das Ausmaß der US-Exporte genannt(56) und nicht der Golf-Krieg, einschließlich die Aufträge an amerikanische Firmen zum Wiederaufbau von Kuwait. Auch wenn die USA buchstäblich als Kriegsgewinnler aus der bewaffneten Auseinandersetzung am Golf hervorgehen sollten, lösen die ausländischen Zahlungen das Haushaltsproblem kaum (derzeitiges Defizit: \$ 220,4 Mrd.). Selbst Lobbyisten des Weißen Hauses befürchten, daß Bushs Sieg im Golf-Krieg das Abstimmungsverhalten der US-Parlamentarier bei innergesellschaftlichen Sachfragen nicht zugunsten der Administration verändern wird.

Bis zur nächsten Präsidentschafts- und Kongreßwahl im November 1992 könnte sich der Siegesrausch in den USA verzogen haben. Die Frage, die sich mehr und mehr in den Vordergrund drängen dürfte und die über den Ausgang der Wahl entscheidet, ist: Traut die amerikanische Bevölkerung eher Bush oder seinem Rivalen zu, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme ähnlich entschieden und erfolgreich zu besiegen wie die Streitkräfte des irakischen Diktators?

Vorsicht ist ebenfalls bei der Beurteilung der Frage angebracht, inwieweit die US-Regierung ihre offiziellen außenpolitischen Ziele erreicht hat. Auch wenn Kuwait nach dem bedingungslosen und vollständigen Rückzug der irakischen Truppen befreit wurde - das als legitim erachtete, wiedereingesetzte Regime läßt keine Anzeichen für eine Demokratisierung erkennen. Es hat mittlerweile sogar eine Reihe von Todesurteilen verhängt. Die Sicherheit und Stabilität der Golfregion scheint in dem Ausmaß erreicht, indem das Militärpotential des Irak zerstört wurde, vor allem die Massenvernichtungsmittel und die Produktionsanlagen hierfür. Es gibt begründeter Zweifel, ob dies geschehen ist. Als General Schwarzkopf am 29. Februar verkündete, die irakischen Streitkräfte stellten keine offensive regionale Bedrohung mehr dar, konnte er die Frage, was aus dem chemischen Waffenpotential geworden sei, nicht beantworten. Auch später blieb das Ausmaß der zerstörten C-Einrichtungen unklar, da man den Angaben des Irak nicht glaubte.

Bagdad verfügt offensichtlich weiterhin über Fähigkeiten, Nuklearwaffen herzustellen. Den Angaben eines geflüchteten irakischen Wissenschaftlers zufolge hat das Regime in Bagdad in größerem Ausmaß als bislang bekannt die Entwicklung von Nuklearwaffen betrieben. Daraufhin ordnete die UN-Sonderkommission für die Beseitigung der irakischen Massenvernichtungsmittel zusätzliche Inspektionen der Nuklearanlagen bei Mosul und Quaim an. Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation hatten bereits im Mai bei Überprüfungen zweier zerstörter Reaktor- und Forschungsanlagen angeblich außer angereichertem Uran auch Hinweise auf Plutoniumexperimente entdeckt. Das Regime weigerte sich zudem, UN-Inspektoren ungehinderten Zugang zu den Atomanlagen zu gewähren. Erst Anfang Juli 1991 signalisierte Bagdad erstmals seine Bereitschaft, den Forderungen der UNO nachzukommen. (57)

Es wird sich zeigen, ob das Hauptziel der US-Administration in befriedigender Weise erreicht worden ist. Wenn nicht, werden erneut die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Israels und der arabischen Staaten in jener Region relevant. Für die Zukunft dürfte sich die Frage erheben, ob man das Nuklearproblem erneut "wegbomben" sollte. Der ausgehandelte Waffenstillstand ließ dem Regime in Bagdad immerhin ein Militärpotential, mit dem Saddam Hussein seine brutale Politik gegenüber Kurden und Schiiten im eigenen Lande fortsetzen konnte. Die Zurückhaltung der USA drohte vorübergehend das Prestige beträchtlich zu schmälern, das sie durch den Sieg im Golf-Krieg gerade gewonnen hatten.

Das erklärte Ziel der Bush-Regierung, Sicherheit und Stabilität in der Golf-Region wieder herzustellen, überlappt sich mit dem Aspekt, inwieweit die USA ihren militärischen Sieg außenpolitisch umzusetzen vermögen. Die vielfach beschworene - erhoffte wie befürchtete - Weltordnungspolitik der USA im Sinne einer Pax Americana gewinnt keinerlei Konturen. An einer Stärkung der UNO hat Washington indes kein Interesse; denn der Golf-Krieg hat ja gerade gezeigt, daß es die schwache Position des Generalsekretärs und seines Stabes war, die es der US-Regierung mitermöglichte, die Vereinten Nationen für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Trotz der gestärkten Position der Vereinigten Staaten in der Region und der beispiellosen Kooperation zwischen ihnen und der UdSSR kommt der Friedensprozeß dort nicht recht voran. Der Einfluß der Bush-Administration auf die israelische Regierung erweist sich als gering.

Das gilt bislang auch für den Rüstungs(kontroll)bereich. Auch hier läßt sich wenig Lernfähigkeit erkennen. Zum einen gibt es kaum Anzeichen dafür, daß die bisherigen Waffenexporteure ihre Ausfuhrbestimmungen beträchtlich verschärft haben; zum anderen wird ausgerechnet das syrische Regime besonders umfangreich mit Waffen bedacht, wo es doch dem irakischen im Hinblick auf seine innenpolitische Brutalität und seine außenpolitische Hegemonieansprüche auffallend ähnelt. Insgesamt ist der von vielen er-

hoffte "große Schwung" bislang nicht eingetreten, es haben sich für den Friedensprozeß keine Perspektiven ergeben, die es vor dem Krieg nicht auch schon gab.

Ein Krieg für den Frieden? Es ist nicht klar, welche sicherheitspolitischen Probleme der Golf-Konflikt gelöst hat. Klar ist gegenwärtig indes nur, daß

- er zu mindestens 100.000 Toten im Irak führte;
- er durch sogenannte chirurgische Eingriffe vielerorts die Lebensgrundlagen im Zweistromland zerstörte - was nicht gleich auf den ersten Blick erkennbar ist und deshalb eine "neue Art des (Hin)Sehens" erfordert;(58)
- die brennenden Ölquellen, die die Region ökologisch belasten, nur langsam gelöscht werden (im Sommer waren es erst 175 von 600);(59)
- er ein teures Unternehmen war - die mindestens \$ 50-70 Mrd., über Nacht aufgebracht, fehlen anderswo: etwa in Bangladesch und im Sudan, in der Bronx und in Zwickau;(60)
- er bei vielen im Westen, die günstig davongekommen sind, wohl vor allem aufgrund der immer noch herrschenden Militärensensur, das Bild von blutigen Konflikten verändert und damit die Wahrnehmung verstärkt hat: Kriege sind wieder führbar, Kriege sind es wieder wert, geführt zu werden.

Aber dies muß nicht zwangsläufig heißen, daß der Golf-Krieg Auftakt für eine Serie von Weltordnungskonflikten nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes darstellt. Denn die blutige Auseinandersetzung im Nahen/Mittleren Osten war in vieler Hinsicht einmalig. Das gilt vor allem für die vielfachen "vitalen" Interessen der USA in jener Region. Daß die Vereinigten Staaten ein wählerischer Weltpolizist sind, zeigte drastisch ihre Politik gegenüber den Kurden. Klare Interessen bestimmten sie: Diese Gruppe ist kein Machtfaktor und hat keine Lobby; Washington wollte ferner einen Zerfall des Irak vermeiden, weil es die Kurden für noch unberechenbarer hält als das Regime Saddam Husseins und weil unklare Machtverhältnisse das Gespenst des Vietnam-Syndroms heraufbeschwören. Der Golf-Krieg war zudem deshalb einmalig, weil die zustande gekommene Einheit der Anti-Irak-Koalition nicht nur auf das Ende des Kalten Krieges zurückzuführen ist, sondern auch auf die damaligen spezifischen Interessen zum Beispiel der Sowjetunion - Moskau wollte seinerzeit erreichen, daß Washington den sowjetischen Militäreinsatz im Baltikum duldet. Die UdSSR hat den USA keinen Freifahrtschein für ein ähnliches amerikanisches Vorgehen in anderen Fällen ausgestellt.

Dies gilt auf anderer Ebene auch für die amerikanische Öffentlichkeit, die ihrem Präsidenten das Mandat nur für den Golf-Krieg erteilte (auch wenn die Neigung, Konflikte militärisch zu lösen, in der US-Bevölkerung gestiegen sein dürfte). Dennoch könnte sich selbst in den Vereinigten Staaten eine Ernüchterung einstellen, wenn sich zeigt, daß der Golf-Krieg nicht die Erwartungen erfüllt hat, die man in ihn gesetzt hat. Vielleicht verändert sich auch die gegenwärtig vorherrschende positive Haltung zum Konflikt am Golf, wenn nach Aufhebung der Militärzensur das große Ausmaß der Zerstörungen erst in vollem Umfang bekannt wird.

ANMERKUNGEN

Teile dieses Reports sind als Kurzfassungen erschienen in der Frankfurter Rundschau, 8. bzw. 11.6.1991 (Dokumentation), sowie in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt a. M. 1991, S. 86ff. In diesem Report sind jene bereits publizierten Teile integriert, aktualisiert und mit einem ausführlichen Anmerkungsapparat versehen. Leider ist es nicht gelungen, Stellungnahmen proarabischer Gruppen zu bekommen. Frau Susi Kraft danke ich für ihre Recherchen in Washington, D.C.

- 1 Siehe hierzu John E. Rielly (Hg.), American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1991, Chicago 1991 (Chicago Council on Foreign Relations), sowie Jakob Schissler, Kontinuität oder Diskontinuität? Muster der öffentlichen Meinung in den USA gegenüber Europa, in: Bernd W. Kubbig (Hg.), Transatlantische Unsicherheit. Die amerikanisch-europäischen Beziehungen im Umbruch, Frankfurt a. M. 1991, passim.
- 2 Zu Ausführungen des Reports zur Carter- und Reagan-Administration siehe Bernd W. Kubbig, Gleichgewicht oder Überlegenheit. Amerikanische Rüstungskontrollpolitik und das Scheitern von SALT II, Frankfurt a. M. 1984; ders., Amerikanische Rüstungskontrollpolitik. Die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der ersten Amtszeit Reagans (1981-1985), Frankfurt a. M. 1988.
- 3 Hierzu siehe den vorzüglichen Aufsatz von Hans-Ulrich Geyer (Martin Luther-Universität Halle), Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" - ein Pyrrhussieg für die amerikanischen Konservativen? Amerikanische Konservative auf der Suche nach gemeinsamen sicherheitspolitischen Vorstellungen, Halle 1990 (Ms.).
- 4 Zitate in: ebd., S. 20 bzw. 22. Das letzte Zitat ist von Jeane Kirkpatrick.
- 5 Siehe hierzu Rosita M. Thomas, American Public Opinion on the Iraq-Kuwait Crisis Until January 15, Washington D.C., 16.1.1991 (Report des Congressional Research Service); Committee for Peace and Security in the Gulf (Hg.), Polls Apart: What the American People Really Think About the Gulf Crisis, Washington, D.C., 17.1.1991 (Ms.); The American Enterprise, 2, 2 (März/April 1991), S. 74ff.
- 6 Siehe hierzu Louis Harris, The Gender Gulf, in: New York Times, 7.12.1990.
- 7 Siehe hierzu Paul Findley, They Dare to Speak Out. People and Institutions Confront Israel's Lobby, Westport 1985, S. 25ff.

- 8 Die entsprechenden Unterlagen können beim Verfasser dieses Reports eingesehen werden.
- 9 Norman Podhoretz, Enough 'Restraint': Give Israel a Shot at Saddam, abgedruckt in und zitiert nach: International Herald Tribune, 2./3.2.1991; ders., A Statement on the Persian Gulf Crisis, in: Commentary, 90, 5, (November 1990), S. 17ff.
- 10 Siehe Congressional Quarterly Weekly Report (CQWR), 15.12.1990, S. 4147.
- 11 Siehe hierzu CQWR, 9.2.1991, S. 374.
- 12 Zum folgenden siehe Office of Technology Assessment, Global Defense Business, Washington, D.C., 1991 (i. E.).
- 13 Das erste Statement von AFL-CIO Präsident Lane Kirkland ist vom 22.8.1990, das zweite vom 17.1.1991 (Ms.).
- 14 Statement vom 22.8.1990.
- 15 Statement vom 17.1.1991. Siehe in diesem Zusammenhang auch AFL-CIO News, 35, 18, 3.9.1990, S. 1, 9.
- 16 Für Kardinal Law (Boston) ging es nicht an, daß Tyrannen und Aggressoren die Möglichkeit gegeben wird, ihre ungerechten Ziele zu erreichen; für Bischof Kenny (Juneau, Alaska) hingegen war die Anwendung militärischer Gewalt seitens der Anti-Irak-Koalition unmoralisch - sie zeige die "Dummheit, Blindheit, Arroganz und Unehrllichkeit des Kurses, den unsere Nation eingeschlagen hat". Andere Kirchenführer versuchten eine mittlere, unverbindliche Position einzunehmen (z.B. Erzbischof Weakland, Milwaukee), (Ms.).
- 17 Das war die Botschaft, die die von der Bischofskonferenz autorisierten Briefe an Bush und Baker vom 15. bzw. 8.11.1990 enthielten. Dies war auch die Forderung des Vorsitzenden des Catholic Bishops' Committee on International Policy, Erzbischof Roach, vom 7.1.1991 an alle 100 Senatoren und 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses (Ms).
- 18 Nach den Bombardements der Anti-Irak-Koalition beließ es der Präsident der Bischofskonferenz, Erzbischof Pilarczyk, ebenfalls dabei, auf die Kriterien des gerechten Krieges hinzuweisen. Eine konkrete Handlungsanweisung für die Kriegführung der US-Regierung verband er nicht damit. Andererseits begrüßte Erzbischof Roach am 22.2.1991 die sowjetische Friedensinitiative vor Beginn des Boden-

- krieges und forderte die Bush-Administration auf, auch jetzt der Diplomatie den Vorrang einzuräumen (Ms.). - Diese offiziellen Erklärungen sind erhältlich beim Office for Media Relations der United States Catholic Conference in Washington, D.C.
- 19 Die entsprechenden Artikel erschienen vor allem in der Washington Post, der New York Times und der International Herald Tribune. Sie werden im einzelnen nicht dokumentiert, sind aber beim Verfasser erhältlich.- Auf eine Analyse der amerikanischen Presse muß hier aus verständlichen Gründen verzichtet werden. Eine erste systematische Analyse der Reaktionen in den amerikanischen Medien für den Monat August enthält ansatzweise: Extra!, 3, 8, (November/Dezember 1990), S. 1ff. (dies ist eine Publikation von Fairness & Accuracy In Reporting).
 - 20 Siehe das Faltblatt der Vietnam Veterans of America Foundation, Washington, D.C., 5.2.1991.
 - 21 Siehe hierzu die ausführliche Zusammenstellung von Buchanans bedenklichen Äußerungen in: Extra! (Anm. 19), S. 14; siehe auch Geyer (Anm. 3), passim.
 - 22 Siehe American Petroleum Institute, Questions and Answers: Oil and the Mideast Crisis, Washington, D.C., 10.1.1991, S. 5f.
 - 23 American Petroleum Institute, Briefing Paper on Oil Company 1990 Earnings and Profitability, Washington, D.C., 11.1.1991, S. 1. Zur - aus der Sicht der Lobbygruppen - relativ geringen Profitrate der Ölindustrie siehe auch American Petroleum Institute, The Statistics Behind the Situation, Washington, D.C., 9.1.1991. "Gegenangaben" über die in Wirklichkeit wohl weitaus höheren Gewinnspannen der Ölgesellschaften finden sich in: Congressional Record (CR), 12.1.1991, S. H470. Siehe in diesem Zusammenhang auch Robert J. Lieber, Iraq and the World Oil Market: Oil and Power in the Aftermath of the Gulf War, Washington, D.C., Frühjahr 1991 (Papier für eine Irak-Konferenz an der Universität von Haifa, 26-29. Mai 1991), (Ms.).
 - 24 Siehe American Petroleum Institute, (Anm. 22); Zitat in: American Petroleum Institute, U.S. Strategic Petroleum Reserve, Washington, D.C., 9.8.1990, S. 1.
 - 25 Das umfangreiche Material all dieser Gruppen kann beim Verfasser eingesehen werden.
 - 26 Zum vorangegangenen siehe National Council of the Churches of Christ in the U.S.A., A Message and Resolution on the Gulf and Middle East Crisis, Adopted by

- the General Board November 15, 1990 (Ms.); Churches for Middle East Peace, Brief an den irakischen Botschafter in Washington, 6.12.1990 (Ms).
- 27 Siehe "Jews Criticize Christian Statements on Middle East Problems" (der Artikel vom 17.1.1991 war erhältlich bei der Lutheran Church, Washington, D.C.).
- 28 CR, 12.1.1991, S. S405. - Zu Les Aspin siehe Pressemitteilung, 21.12.1990, S. 1 (Ms.).
- 29 Siehe CR, 12.1.1990, S. H416f.
- 30 Siehe ebd., S.S391 bzw. S. H417; zu Dole siehe Pressemitteilung, 20.2.1991, S. 1.
- 31 Siehe ebd., S. S332 bzw. S. S390.
- 32 Siehe ebd., S. S336 bzw. S. S404.
- 33 Siehe ebd., S. S394.
- 34 Zum folgenden siehe die Berichte im Congressional Quarterly Weekly Report sowie im National Journal.
- 35 Einer von ihnen war Senator Nunn. Siehe sein Statement vom 11.1.1991 vor dem Senat (Ms.).
- 36 Siehe 101/2 U.S. Congress, Senate, Committee on Armed Services, Crisis in the Persian Gulf Region: U.S. Policy Options and Implications, Hearings, Washington, D.C., 1990; 101/2 U.S. Congress, House, Committee on Armed Services, Crisis in the Persian Gulf, Sanctions, Diplomacy and War, Hearings, Washington, D.C., 1991. Dieser Band enthält auf den Seiten 851ff. drei Reports des Abgeordneten Aspin, die die gesamte Pro- und Kontra-Argumentation hervorragend zusammenfassen.
- 37 Siehe CR, 12.1.1991, S. S403 sowie H442f.
- 38 So Senator Nunn am 8.12.1990 in der CNN-Sendung Evans & Novak (Transkript S. 2).
- 39 Siehe hierzu exemplarisch Außenminister Baker, in: U.S. Policy Information and Texts (USPIT), 6.12.1990, S. 38; Zitat: ebd.

- 40 Siehe hierzu Bob Woodward, *The Commanders*, New York u.a. 1991, S. 333f.; Christian Zänker, Zwischen alten Interessen und "neuem Denken": Die Haltung der Sowjetunion, in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hg.), *Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven*, S. 111ff; Mir A. Ferdowsi/Peter J. Opitz, *Motor oder Feigenblatt: Die Rolle der Vereinten Nationen*, in: ebd., S. 120ff.
- 41 Zur Vorgeschichte der amerikanisch-irakischen Beziehungen siehe Pierre Salinger/Eric Laurent, *Krieg am Golf. Das Geheimdossier*, München 1991. Die umstrittene Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Saddam Hussein und der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, vom 25.7.1990 wird hier auf den Seiten 50ff. behandelt. Die amerikanische Fassung des offiziellen irakischen Transkripts befindet sich in voller Länge u.a. in: CR, 12.1.1991, S. H432ff. In diesem Transkript, zu dem das amerikanische Außenministerium nicht offiziell Stellung bezogen hat, finden sich entscheidende Sätze von Botschafterin Glaspie, die Saddam Hussein signalisieren konnten, daß sich Washington im Falle einer kriegerischen Lösung der Kuwaitfrage zurückhalten würde: "But we have no opinion on the Arab-Arab conflicts, like your border disagreement with Kuwait." (Ebd., S. H434).
- 42 So z.B. Cheney, in: USPIT, 10.8.1990, S. 31.
- 43 Siehe USPIT, 27.8.1990, S. 39. Cheneys Äußerungen finden sich in: USPIT, 17.10.1990, S. 22 bzw. in: USPIT, 18.10.1990, S. 9.
- 44 Zu Baker siehe USPIT, 30.10.1990, S. 11.
- 45 Siehe USPIT, 9.11.1990, S. 13ff. Zum Entscheidungsprozeß siehe Woodward (Anm. 40), S. 318ff., sowie den Bericht der New York Times-Reporter Thomas L. Friedman und Patrick E. Tyler, abgedruckt in: *International Herald Tribune*, 4.3.1991 (1. Teil) - Das folgende Zitat Cheneys befindet sich in: USPIT, 10.8.1990, S. 35.
- 46 Zit. in: USPIT, 10.12.1990, S. 26.
- 47 Bakers Äußerung ist zit. nach: USPIT, 3.12.1990, S. 27. - Quayle im amerikanischen Fernsehen: "Wir hoffen, daß er (Saddam Hussein, B.W.K.) sich zurückzieht und daß wir unsere Ziele erreichen können. Klar, Saddam Hussein, der das jetzige Militärpotential weiterhin besitzt, der weiterhin bestrebt ist, die Nuklearwaffe zu erwerben, ist unannehmbar. (...) ich kann Ihnen dies sagen, Saddam Hussein will Nuklearwaffen haben, und wir müssen Saddam Hussein in der Tat davon abhalten, Nuklearwaffen zu erwerben. (...) Wir werden sicherlich der Richter von Saddam Hussein und ähnlicher Typen werden." (Zit. nach: USPIT, 3.12.1990, S. 33, 37.)

- 48 Siehe die in Anm. 38 zitierte Quelle.
- 49 Statement am 14.10.1990 vor dem Armed Services Committee des Repräsentantenhauses (Anm. 36), S. 541.
- 50 Siehe hierzu die in Anm. 5 zitierte Literatur.
- 51 So beginnen Alan Murray und David Wessel ihren Bericht auf Seite 1 des Wall Street Journal vom 6.8.1990.
- 52 Siehe z.B. The American Enterprise (Anm. 5), S. 79, sowie National Journal, 23.3.1991, S. 704.
- 53 Zur Haltung der führenden Militärs siehe Woodward (Anm. 40), S. 41f., 232, 238f., 262, 301, 303f. Daß Generalstabschef Powell für die Fortsetzung der Sanktionspolitik war, ist die praktisch einzige brisante Neuigkeit in Woodwards eilig zusammengeschriebener Reportage, die Einsichten in den Ablauf von Entscheidungsprozessen, kaum aber in die Motive der einzelnen Entscheidungsträger vermittelt. Analytisch ist diese Arbeit nicht zu nennen. Eine Frage muß an den Journalisten Woodward selbst gerichtet werden: warum er seine Erkenntnisse so lange für sich behalten hat. Wäre die Position vor allem von Generalstabschef Powell früher bekannt geworden, hätte sie unter Umständen den Pro-Gewalt-Kurs der Administration zumindest abbremsen können. - Nach der Lektüre von Woodwards Reportage über die zurückhaltenden führenden Militärs habe ich meine frühere Auffassung über deren Haltung (siehe Frankfurter Rundschau, 8. bzw. 11.6.1991) korrigiert.
- 54 Siehe hierzu den Bericht der New York Times-Redakteure Thomas L. Friedman und Patrick E. Tyler, in: International Herald Tribune, 5.3.1991 (2. Teil).
- 55 Siehe Office of Technology Assessment (Anm. 12), passim.
- 56 Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.4.1991; siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.6.1991.
- 57 Siehe USPIT, 28.2.1991, S. 9ff., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. und 27.6. sowie 5.7.1991; Wiesbadener Kurier, 26.6.1991.
- 58 Siehe hierzu eindrucksvoll Jessica Mathews, The New Way of War Is to Bomb Now and Kill Later, in: International Herald Tribune, 17.4.1991.

- 59 Siehe hierzu International Herald Tribune, 24.6.1991. Laut Spiegel (27.5.1991, S. 146) waren offensichtlich kurz zuvor nur 30 Ölquellen gelöscht.
- 60 Siehe USPIT, 2.4.1991, S. 31f.; Washington Times, 27.3.1991.

ISBN 3-926197-93-5